

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 266

SONNTAG, 24. Juli 1938

Aus dem Inhalt:

Sozialismus, nicht Prolet-faschismus
Das neue Eherecht
Dichterrevolte gegen Goebbels

Preis: Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande
Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Die Verräter am Frieden

Faschistische Lügen und Provokationen - Ein Vorspiel für die Erörterung der Schuldfrage

Das gefährliche Datum

Weltkrieg 1938 oder Weltkrieg 1939

Für jeden Sozialisten, der den Ausbruch des Weltkrieges 1914 miterlebt hat, ist die Zeit zwischen dem 28. Juli und dem 4. August 1914 ein verhängnisvolles Datum. Damals begann das grosse Unheil, das noch heute weiterwirkt, und das uns mit einem zweiten Weltkrieg bedroht. Damals stiess die sozialistische Idee mit dem Nationalismus zusammen, und der Nationalismus erwies sich als eine die Massen überwältigende Kraft. Der Krieg und die Bejahung des Krieges enthüllte die wahre geistige Lage der Völker.

Heute kreisen die Gedanken um die Frage: wann beginnt der zweite Weltkrieg? Der offizielle Optimismus setzt dieser Frage die Erklärung entgegen: der Krieg ist kein unabwendbares Verhängnis, er kann vermieden werden. In den demokratischen Ländern entspringt der offizielle Optimismus dem Willen zum Frieden und der Hoffnung, mit psychologischen Mitteln die geistige Ueberwältigung der Völker durch den herannahenden Krieg aufhalten zu können. In den Angreiferländern ist dieser offizielle Optimismus eine Kriegslüge, bestimmt die Freunde des Friedens zu täuschen.

Der offizielle Optimismus wirkt nicht auf jene, die seit der Erfahrung des Weltkrieges mit tiefem Misstrauen in die Friedenskräfte und die Kräfte des Guten im Menschen erfüllt sind. Ausgesprochen oder unausgesprochen glauben sie alle, dass der Krieg kommt. Es bleibt für sie nur noch eine Frage, ob er in diesem oder im nächsten Jahre ausbrechen werde. Die eine wie die andere Schule bringt Argumente für ihre Ansicht vor. Diese Argumente sind spekulativer Natur; denn die Entscheidung geht durch die Köpfe weniger Kriegstreiber hindurch, denen in den Diktaturstaaten höchste Macht und das Recht zu willkürlicher Entscheidung gegeben ist.

Der Weltkrieg begann wie der Krieg von 1870 im Hochsommer, als im wesentlichen die Ernte beendet war. Seitdem spielt dieses Datum in allen Spekulationen über den möglichen Kriegsbeginn eine wichtige Rolle. Genau in der gleichen Jahreszeit begann vor zwei Jahren der Krieg in Spanien. Am 19. Juli 1936 erfolgte die Rebellion, am 30. Juli wurde das Wesen dieses Krieges durch den Absturz italienischer Bombenflugzeuge in Französisch-Marokko enthüllt, am 25. August führte Deutschland die zweijährige Dienstzeit ein.

Vor einem Jahre überfiel an dem gleichen Datum der japanische Imperialismus die chinesische Republik, nachdem die demokratischen Westmächte vor den deutsch-italienischen Provokationen in Spanien kapituliert hatten.

In diesem Jahre fällt dieses Datum abermals zusammen mit einer Zeit der höchsten Spannung. Ende Juli geht die tschechoslovakische Frage der Entscheidung entgegen. Die deutsche Diktatur steht vor der Entscheidung, ob sie Gewalt anwenden will oder nicht. Die Spannungen im Mittelmeer wachsen täglich. Die italienische Diktatur ist in einem überreizten Erregungszustand.

In den kommenden Wochen wird sich entscheiden, welches die Pläne der Diktatoren sind: Weltkrieg 1938 oder Weltkrieg 1939.

Das Reichspropagandaministerium hat zum letzten Wochenende eine Provokationsmeldung veröffentlicht: Es hat durch das Deutsche Nachrichtenbüro die Lüge verbreiten lassen, dass die Tschechoslowakei mobilisiere. Diese Lüge ist eine Stunde später durch eine amtliche tschechoslovakische Mitteilung zerstört worden. Eine Falschmeldung über die Mobilmachung in einem Lande durch den amtlichen Nachrichtenapparat eines benachbarten feindseligen Landes ist eine Spitzenleistung internationaler Brandstiftung. Die gleichgeschaltete Presse hat kürzlich auf Befehl von Goebbels kurzerhand die Todesstrafe für journalistische „Verräter am Frieden“ verlangt, wobei sie englische Linksjournalisten im Auge hatte. Wohltun beginnt zu Hause — wie wäre es mit der Anwendung dieser Drohung gegen den Kriegsprovokateur an der Spitze der deutschen Propaganda?

Diese Provokation gliedert sich ein in eine Reihe von propagandistischen und tatsächlichen Anschlägen gegen den Frieden, die sich in einen Zeitraum von noch nicht vierzehn Tagen zusammendrängen. Deutschland und Italien haben dabei Hand in Hand gearbeitet.

Mussolini hat ein Vorwort zum Sammelband der „Akten des Grossen Faschistenrates aus 15 Jahren“ geschrieben, der soeben in Italien erschienen ist. Darin nennt er die letzten drei Jahre seiner Politik „triumphal“ und bezeichnet sie als den Kampf gegen die Ideen von 1789. Die Fassung dieses Vorworts ist ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Länder, sie zeigt die Mentalität eines Mannes, der den Krieg will, der ihn sofort will, und dem es darum gleichgültig ist, ob er das Porzellan der Diplomaten der demokratischen Länder zertrümmert.

In Italien wird eine „Rassengesetzgebung“ nach Art der deutschen vorbereitet, das heisst, der Antisemitismus wird zum Staatsprinzip erhoben. Zehn Gebote über die Reinerhaltung der rein arischen Rasse der Italiener sind ausgearbeitet worden, um als Grundlage zu dienen, wenn Mussolini sich mit Streicher gleichschaltet. Gleichzeitig werden die Vermögen der in Italien befindlichen Juden beschlagnahmt, die aus Deutschland emigriert sind, um daraus die „Steuerschulden“ zu bezahlen, die diese Emigranten angeblich gegenüber dem Dritten Reich haben. Weiterhin wird der Verkauf von Büchern von deutschen emigrierten Juden in Italien verboten. Das

Mussolini-Buch von Emil Ludwig, auf das der Verfasser heute wahrscheinlich etwas weniger stolz sein wird, darf in Italien nicht mehr verkauft werden. Man erkennt leicht, dass hier eine Gleichschaltung unter deutschem Druck vor sich geht, die auf die Nähe des Krieges schliessen lässt. Dass sich dadurch namentlich die Engländer provoziert fühlen müssen, die zwischen Hitler und Mussolini differenzieren wollten, lässt die Diktatoren herzlich gleichgültig.

Zu den Vereinbarungen um den englisch-italienischen Vertrag herum gehörte die italienische Zusicherung, dass die England feindliche Propaganda in der arabischen Welt eingestellt werden sollte. Das Wiederaufblenden des blutigen Krieges in Palästina zeigt, wie Mussolini diese Vorleistung einhält. Es ist kein Zweifel daran möglich, wer hinter den neuen Araberunruhen in Palästina steht. Es handelt sich dabei ebenso gut um die Methode der Erpressung durch Provokation, wie bei den Bombenwürfen italienischer Flugzeuge auf englische Schiffe in Spanien. In englischen Krei-

sen bringt man deshalb auch den Uebergang Mussolinis zum amtlichen Antisemitismus in Zusammenhang mit seiner Provokation in Palästina. Man sagt, er brauche ihn zur Aufhetzung der Araber gegen die Juden.

Dass bei dieser Methode der italienischen Provokation Deutschland seine Hand im Spiele hat, ist ganz unzweifelhaft. Der hetzerische Ton der gleichgeschalteten Presse in Deutschland kann kaum noch übertroffen werden. Sie hat die Veröffentlichung eines Vortrages des Generals von Reichenau in der englischen Presse zur Entfesselung eines Schimpffeldzuges auf Befehl benutzt. Dieser Vortrag zeigte mit brutaler Offenheit die Vorteile, die Deutschland aus seiner Teilnahme am spanischen Krieg für die Einübung seiner Kriegsmaschinen zieht, und dass Deutschland sich auf den lebenswichtigen strategischen Linien Frankreichs niedergelassen hat. Der ungeheuerer Eindruck, den diese Veröffentlichung in England und Frankreich hervorgerufen hat, hat die Goebbels-Propaganda zu wahren Hassausbrüchen veranlasst, wie man

sie bisher nur mitten im Kriege gewohnt war.

Diese Hasspropaganda traf zusammen mit einem neuen Hetzfeldzug gegen die Tschechoslowakei, der schliesslich in der Goebbels'schen Lügenmeldung über die Mobilmachung in der Tschechoslowakei gipfelte. Hier sind die Ueberschriften — nur die Ueberschriften — von der ersten und zweiten Seite eines gleichgeschalteten Blattes, der „Essener Nationalzeitung“ vom 16. Juli:

„Hohn auf sudetendeutsche Not.“
„Rückschritte in London. Times demokratisch verlogen.“
„Trauriger Rekord der Hetze. Antwort an New Chronicle.“
„Wie sie lügen.“
„Neuer Ueberfall auf Sudetendeutsche. Polizei unterstützt jüdische Provokateure.“
„Neue tschechische Grenzverletzung.“
„Das ist tschechische Justiz.“

Es ist gar kein Zweifel, wo die wahren Verräter am Frieden sitzen. Selten ist frecher und unverhohlener provoziert worden, als es jetzt von den italienischen und deutschen amtlichen Stellen geschieht. Das sind nicht die ersten massiven Provokationen, die jetzt geübt werden. Der Unterschied

Dichterrevolte gegen Goebbels

Ein Sturmzeichen aus Deutschland

ist nur der, dass sie grosse Unruhe selbst in den Kreisen Englands und Frankreichs hervorrufen, die vorhergehende Provokationen zu bagatellisieren versucht haben. Es gibt in England und Frankreich sehr mächtige Kreise, bei denen die Affinität mit dem sozialreaktionären Charakter der Diktaturstaaten über die Ideen von 1789 geht — selbst über die militärischen Interessen ihrer eigenen Länder. Diese Kreise erkennen jetzt, dass es nicht nur um die Wiederaufrichtung der Reaktion in Spanien geht, sondern um viel mehr. Sie sind vor allem durch die Reichenausehen Darlegungen tief erschüttert worden.

Mit einem Schlage hat daher die Presseauseinandersetzung eine Schärfe angenommen, die die Nähe der Kriegsgefahr erkennen lässt. Diese Auseinandersetzung ist ein Vorspiel. Sie lässt erkennen, mit welcher Schärfe beim Ausbruch eines neuen Krieges die Schuldfrage gestellt werden wird, und wie sich daraus überwältigend die Propaganda gegen die wahrhaft Schuldigen in den Diktaturländern entwickeln wird.

Die neuen Ehegesetze Die Ehe als Institut des Militarismus

In Deutschland wird am 1. August ein neues Ehegesetz in Kraft treten. Die Eroberung Oesterreichs machte eine Umgestaltung der österreichischen Ehegesetzgebung notwendig. Die österreichischen Ehegesetze basierten auf dem kanonischen Recht. Die Ehe wurde vor dem Priester geschlossen, hatte aber zivilrechtliche Wirkung. Nach kirchlichem Recht war sie unauflösbar. Nur eine Trennung von Tisch und Bett konnte ausgesprochen werden. Die Partner einer so getrennten Ehe konnten eine neue „Notzivilhe“ oder „Dispensehe“ eingehen, die ebenfalls rechtsgültig war, aber auf Antrag des früheren Partners für nichtig erklärt werden konnte.

Die Nationalsozialisten begnügten sich nicht mit einer Angleichung der österreichischen Ehegesetze an die bisher in Deutschland geltenden Bestimmungen. Sie haben die Gelegenheit benutzt, um auch das deutsche Ehegesetz in ihrem Sinne umzugestalten. Der Nationalsozialismus zielt auf eine Annullierung des Menschen als privates Individuum ab. Nicht nur seine Fähigkeiten, sondern auch seine Wünsche und Neigungen haben sich dem unterzuordnen, was die Nationalsozialisten als das Gesamtinteresse des deutschen Volkes bezeichnen. Dementsprechend wird auch die Ehe aus der Sphäre des Privatrechts herausgehoben. Sie wird, als äusseres Symbol dieser grundsätzlichen Aenderung, hinfert „im Namen des Reiches“ geschlossen.

Was ist nach nationalsozialistischer Auffassung gegenwärtig das „Interesse des Reiches“ an der Ehe? Die heutigen, expansionslüsternen Herren Deutschlands geben auf diese Frage in dem neuen Ehegesetz eine vollkommen eindeutige und unproblematische Antwort: Wir brauchen Kinder, und zwar möglichst schnell, möglichst viele und möglichst gesunde Kinder.

Die bisherigen Rassegesetze über den „Schutz des deutschen Blutes“ usw. sind in die neuen Ehegesetze eingearbeitet. Allein 50 von den 129 Paragraphen des neuen Ehegesetzes befassen sich mit der Scheidung von Ehen. Hier tritt bei jeder einzelnen Bestimmung zutage, wie allein die Frage der „Erhaltung des Volkes“ — wie sich die Nationalsozialisten ausdrücken — dem Gesetz zugrunde liegt.

Der Paragraph 48 des Gesetzes bestimmt als Scheidungsgrund die Weigerung eines Ehegatten, Nachkommenschaft zu zeugen oder zu empfangen. Ebenso soll die Anwendung rechtswidriger Mittel zur Verhinderung der Geburt als Scheidungsgrund gelten. Hinter der Unterbrechung einer Schwangerschaft oder der geringen Neigung zum Kinderkriegen steht also immer latent die Drohung des Partners mit der Ehescheidung. In allen Differenzfällen ist damit schwersten Erpressungen und Schikanen Tür und Tor geöffnet. Es ist die Ausdehnung der braunen Blockwartmoral auf die Ehe.

Als neuer Ehescheidungsgrund gilt weiter vorzeitige Unfruchtbarkeit des einen Partners, doch wird in einem solchen Fall die Ehe nur geschieden, wenn der andere Partner vom Gesundheitsamt als fortpflanzungswürdig angesehen wird, und wenn aus der bisherigen Ehe keine Kinder hervorgegangen sind, die allerdings auch erst

Wo immer sich im Dritten Reich so etwas wie offener Widerstand gegen die totale Despotie bemerkbar macht, da wird ein solches Ereignis natürlich alsbald als Flüsterbotschaft von Mund zu Mund getragen. Es wird zum Gerücht, das das Land durchheilt, jeder Goebbelszensur spottend. Freilich: der „flüsternde Volksmund“ ist keine ideale Nachrichtenquelle. Zuverlässigkeit ist nun mal keine Tugend des Gerüchtes. Die Wahrheit macht auf dem geheimen Weg von Mund zu Mund oft einen bedenkliehen Wandlungsprozess durch. Sie wird ausgeschmückt, übertrieben, umgekehrt — bis es schliesslich auch der scharfsinnigsten „Textkritik“ nicht mehr so leicht gelingt, Faktum und Legende klar zu trennen.

Aus diesem Grunde pflegen wir Nachrichten von Widerstandshandlungen im Reich stets nur mit Vorsicht und Vorbehalt wiederzugeben, sofern sie nicht aus unserem eigenen, als zuverlässig erprobten Berichterstatterkreis stammen. Denn uns ist es nicht um Sensationsmache, sondern um Tatsachenübermittlung zu tun.

Derlei Vorbehalte mögen auch gegenüber dem folgenden bemerkenswerten Bericht am Platze sein, den jüngst ein skandinavischer Journalist ins Ausland mitbrachte, versichernd, dass einer seiner Berliner Freunde das betreffende Ereignis persönlich miterlebt habe. In Berlin selbst verbreitete sich die Geschichte wie ein Lauffeuer. Sie bildet dort — vor allem in intellektuellen Kreisen — das Thema erregter Flüstergespräche:

Goebbels hatte kürzlich wieder einmal deutsche Autoren zu einem „Kameradschaftsabend des Schrifttums“ ins Propagandaministerium eingeladen. Die Stimmung dieser Abende pflegt meist reichlich unter dem Gefrierpunkt zu liegen, schon weil der Kreis der Gäste recht uneinheitlich zusammengesetzt ist. Neben ausgesprochenen Bludichtern, die ihren „Ruhm“ nur der braunen Meinungsmache zu danken haben, sitzen Leute, die sich lediglich

wieder als „erbgesund“ approbiert werden müssten.

Länger dauernde schwere, ansteckende oder ekelregende Krankheiten eines Ehegatten beschränken ebenfalls die Zeugung von Kindern und sind daher ein Scheidungsgrund. Geisteskrankheit galt schon nach dem früheren deutschen Ehegesetz als Scheidungsgrund, doch musste sie drei Jahre bestehen, bevor die Ehescheidung beantragt werden konnte. Diese Frist ist jetzt aufgehoben worden. Die Nationalsozialisten sind in der „Erhaltung des Volkes“ nicht für solche Zeitversäumnisse. Wegen einer geistigen Störung, die zu einer Zerrüttung der Ehe führt, kann nach Paragraph 50 des Gesetzes ebenfalls die Ehe geschieden werden. An welche Art „geistige Störung“ dabei gedacht ist, geht aus dem Gesetz nicht hervor. Die Kommentare der nationalsozialistischen Blätter sind dementsprechend schwankend. Die einen sprechen von „zänkischem Wesen“, die meisten anderen erläutern die unklare Gesetzbestimmung mit dem ebenso unklaren Begriff „Hysterie“.

Als weiterer Scheidungsgrund gilt Zerrüttung der Ehe. Die in Paragraph 55 festgelegte Bestimmung, dass bei Zerrüttung einer Ehe jeder der beiden Ehegatten die Scheidung begehren kann, wenn bereits seit drei Jahren die häusliche Gemeinschaft aufgegeben ist, wird vermutlich in nächster Zeit die am meisten angewendete Bestimmung des neuen Gesetzes werden.

Der Ehebruch wird als Scheidungsgrund beibehalten. Der Antrag kann auch noch nach mehr als zehn Jahren gestellt werden, wenn es sich um einen nach dem Gesetz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbotenen Ehebruch handelt. Erfolgte der Ehebruch ohne Tangierung von deutschem Blut und deutscher Ehre, dann kann die Ehescheidung nur begehrt werden, wenn der andere Ehegatte weder dem Ehebruch zugestimmt, noch ihn absichtlich ermöglicht oder erleichtert hat.

Die Anlegung dieser und ähnlicher Bestimmungen in dem neuen Gesetz wird für die deutschen Richter ein amütiger Zeitvertreib werden, wie überhaupt die Macht des Richters durch viele unexakte Formulierungen des Gesetzes absichtlich verstärkt wurde. Die Goebbelszeitungen scheinen sich der deutschen Richter ziemlich sicher zu fühlen. Sie nennen die erweiterten richterlichen Machtfugnisse: den gesunden Volksinstinkt. In dem Gesetz heisst es, dass „die sittliche Gerechtigkeit“ massgebend sein soll und der „Frankfurter Zeitung“ entringt sich der Stosseufzer: „Es kommt beim Scheidungsrecht viel an die politische und geistige Situation an, in der ein Volk lebt.“ Dem Gesetzgeber scheint es in diesem Fall allerdings allein auf die bevölkerungspolitische Situation anzukommen.

verhasstem Zwang beugen, wenn sie die Goebbelei mitmachen. Jedes Wörtchen, das geäussert wird, wird vorher ängstlich und misstrauisch auf die Goldwaage gelegt...

Man sass also wieder an solch einem „Kameradschaftsabend“ beisammen. Etwa hundert Menschen waren zugegen und Goebbels präsidierte höchstpersönlich. Er hielt eine lebenswürdige Ansprache, in der er die Gäste begrüßte, in üblicher Weise betonend, wie gut und herrlich es den „wirklich deutschen“ Schriftstellern im Dritten Reich gehe, während die Republik ihnen nur Schmach und Not bereitet habe. Denn in der „Systemzeit“ vermochten ja bekanntlich nur jüdisch-kulturbolschewistische Asphalliteraten Geltung zu gewinnen...

Der Applaus, der dem Goebbels für seine Darlegungen zuteil ward, war auffällig schwach. Die gleiche Rede hatte er am gleichen Platz schon x-mal gehalten und jedesmal hatte dann hinterher einer der Gäste das Wort genommen, um in devoter Weise dem hohen Hausherrn zu danken für all das, was er den deutschen Dichtern Gutes getan. Aber diesmal meldete sich niemand. Langes, betretenes Schweigen folgte. Schliesslich stand Hans Kyser auf und begann zu reden. Was er, von plötzlichem Bekennendrang gepackt, da unerwartet herausragte, liess die Anwesenden vor Schreck erstarren.

Es habe ihn sehr gefreut — sagte Kyser — zu hören, dass es den deutschen Schriftstellern heute so gut gehe. Er zweifle auch gar nicht daran, dass dem wirklich so sei. Er selbst freilich müsse von seinen persönlichen Erfahrungen ausgehen und die seien äusserst trübe. Unter der Zeit der Systemherrschaft habe er, obwohl er doch kein Jude und kein Kulturbolschewist sei, sich nicht beklagen können. Sein Schaffen habe Anerkennung gefunden, sowohl in geistiger wie in materieller Hinsicht. Die Honorare waren gut. Heute dagegen habe er schwer ums blosse tägliche Brot zu kämpfen, keine Anregung und Förderung

werde ihm zuteil, ja er müsse sagen, dass er regelrecht Not leide...

Die Zuhörer sasssen wie versteinert vor Schreck. Josef Goebbels starrte verzerrten Gesichts vor sich hin, vor Wut zitternd.

Als Kyser geendet hatte, stand bereits ein Uniformierter vom Stabe des Hausherrn neben ihm und forderte ihn durch eine Geste auf, mitzukommen. Kyser wurde abgeführt.

Die Zurückbleibenden sasssen in eisiger Erstarrung. Kein Gespräch kam in Gang, obwohl einige Patentnazis sich schliesslich lärmend bemühten, so zu tun, als sei nichts vorgefallen... Krampfhaft wurde der „Kameradschaftsabend“ weitergeführt. Endlos schlich die Zeit dahin...

Da begann an den Tischen ein Blatt Papier die Runde zu machen. Unterschriften wurden gesammelt. Und plötzlich stand Ernst Jünger auf, jenes Papier in Händen haltend, und begann vorzulesen. Jünger, der als Autor nationalistischer Kriegsbücher früher von den Nazis hoch geschätzt wurde, gilt längst seiner „Stahlhelm“-Gesinnung wegen als oppositionsverdächtig. Das Schriftstück, das er verlas, lautete ungefähr so:

„Die Unterzeichneten bitten um die Freilassung ihres Freundes Hans Kyser. Sie werden den Raum nicht eher verlassen, als bis Hans Kyser zu ihnen zurückgekehrt ist.“

Ueber vierzig der Anwesenden hatten den Mut gehabt, dieses Schriftstück zu unterschreiben. Einige Beamte vom Propagandaministerium eilten hinaus, um ihren Herrn und Meister, der sich bereits zurückgezogen hatte, vom Vorgefallenen zu unterrichten. Stunden vergingen. Keiner der Unterzeichner machte Miene aufzubrechen. Auch von denen, die nicht unterschrieben hatten, blieb ein Teil anwesend. Es wurde kaum noch gesprochen. Man wartete, wartete...

Schliesslich ging die Tür auf und Hans Kyser kam zurück. Er war von der Gestapo, bei der er bereits gelandet war, plötzlich auf Goebbels' telefonische Order hin freigelassen worden.

Eine Bestätigung Die Gleichschaltung des Emil Franzel

Vor zwei Jahren habe ich im „Neuen Vorwärts“ das Buch „Abendländische Revolution“ von Emil Franzel besprochen. Dr. Emil Franzel war damals noch Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei. Ich habe das Buch einrangierte — dorthin, wo es hingehört — in die Reihe der Schrittmacher und der Nachbeter der Ideen der deutschen Gegenrevolution. Ich habe seine innere Verwandtschaft mit den grundlegenden Ideen des totalitären Staates, mit dem Nationalismus und dem oppositionellen Faschismus Otto Strassers aufgedeckt.

Die kunterbunte Mischung aus Preussentum und Antipreussentum, aus gegenrevolutionärer Romantik und pervertiertem Sozialismus, aus linksradikaler Kritik an der deutschen Sozialdemokratie, Schwärmerei für die Hohenstaufen und schwarzgelbem Monarchismus stand in Gegensatz zu der Funktion, die Franzel in seiner Partei zu erfüllen hatte und erfüllte.

Nicht nur, dass dieses Buch eine im faschistischen Geiste abgewandelte Auffassung des Sozialismus vortrug — es war vor allem von tiefem Hass gegen die Idee der Freiheit erfüllt, gegen das, was höchstes und gemeinsames Ziel aller wahren Antifaschisten ist. Es war das Buch eines Feindes der Freiheit. Meine rücksichtslose Entlarvung dieser Haltung hat mir damals heftige Angriffe und Vorwürfe eingetragen, die mich jedoch in meinem wohlbegründeten Urteil keineswegs heirat haben. Man darf nicht parteiopportunistische Erwägungen über das Aussprechen dessen was ist gehen lassen, wenn es um grundlegende geistige Haltungen geht.

Der Dr. Emil Franzel hat seitdem durch seine weitere Entwicklung bewiesen, dass ich nicht nur sein Buch, sondern auch ihn selbst richtig diagnostiziert hatte. Er ist inzwischen Direktor des „Volksbildungshauses Urania“ in Prag geworden — noch mit Zustimmung unserer Parteigenossen. Er hat sich noch vor seiner Wahl bei der Henleinpartei angegliedert, als deren offener Parteigänger und Handlanger er sich jetzt betätigt. In dieser Rolle hat er dem Prager „Moutag“, dessen Herausgeber Walter Tschuppik konsequent den Kampf gegen den Henleinfaschismus führt, den folgenden Brief geschrieben:

„Wir gestatten uns mitzuteilen, dass wir unser Kinoinserat in Ihrem Blatt mit sofortiger Wirksamkeit einstellen. Wir wenden uns mit unseren Presseanzeigen in erster Linie an die deutsche Öffentlichkeit und müssen annehmen, dass Ihr Blatt, seiner Schreibweise nach zu

schliessen, keinen nennenswerten Prozentsatz deutscher Leser erfasst.

gez. Dr. E. Franzel.“

Wer gegen Hitler und Henlein ist, der ist kein Deutscher — das ist das Endglied der Entwicklung des Dr. Franzel. Es handelt sich nicht nur um einen krassen Fall gesinnungsloser Gleichschaltung, sondern um ein Beispiel dafür, wie eine schon jahrelang ins Auge gefasste Gleichschaltung durch wohlberechnetes Zusammenkochen einer für Gleichschaltungszwecke bestimmten Ideologie vorbereitet worden ist. Die Annahme und Verarbeitung der gegenrevolutionären Ideen durch Franzel war die Fabrikation einer typischen „Verhüllungs-ideologie“ für persönliche Zwecke.

Der Fall ist über das Persönliche hinaus wichtig. Er zeigt, dass die geistige Haltung entscheidend ist und ihre Konsequenzen hat, nicht die mehr oder minder zufällige Parteizugehörigkeit. Wobei die geistige Haltung des Dr. Franzel nicht in dem besteht, was er in seiner „Abendländischen Revolution“ vorgetragen hat, sondern in der prinzipiellen Grundsatzlosigkeit für die Ideen nur Ideologien sind, bestimmt, persönlich gesetzten Zwecken zu dienen.

Curt Geyer.

Europa deutsches Land

Auf der „rassenkundlichen Arbeitstagung“ des Amtes für Erzieher, Gau München-Oberbayern, in der Münchner Universität hielt Professor Tackenberg aus Bonn einen Vortrag über „Die germanische Völkerwanderung im Spiegel der Bodenfunde“. Laut Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten“ (Nr. 194) stellte er fest:

„dass entgegen landläufiger Ansicht die germanische Völkerwanderung schon 700 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung einsetzte. Bodenfunde bewiesen, dass die Vandalen einst weit nach Osten siedelten; eine grosse Uebersicht über das in der gesamten Wanderzeit berührte Gebiet aber zeige, dass ganz Europa einmal von den wandernden Germanen besetzt war, wobei allerdings die zu weit vorgeschobenen Posten verloren gingen, weil die Germanen dort den Zusammenhang mit dem Ganzen lösten, die Gesetze des Blutes verletzten und dadurch, wie gerade die Geschichte der Vandalen zeige, zugrunde gingen.“

In Wahrheit ist also ganz Europa seit Jahrtausenden teils Ost-, teils Westmark des Deutschen Reiches. Die Lostrennung Europas von Deutschland konnte nur eintreten, weil Streichers Rassegesetzgebung 2633 Jahre zu spät kam. Aber in den nächsten tausend Jahren wird sich alles wieder einrenken lassen, denn „Blut will zu Blut“.

Dokumente der Schmach

Braune Erpresser - Vergewaltigtes Volkstum - Briefe, die die Gestapo diktiert

Auf der vor einiger Zeit abgehaltenen Jahrestagung der deutschen Nazipartei im dänischen Nordschleswig wurden Forderungen aufgestellt, die den Karlsbader Forderungen des Konrad Henlein fast so ähnlich sehen wie ein Ei dem andern. Auch hier wird „Autonomie“ verlangt und „Wiedergutmachung“ der „Schäden“, die Dänemark der „geknechteten“ deutschen Minderheit zugefügt habe usw. Und auch hier wird in letzter Konsequenz die „Grenzfrage“ aufge- rollt, d. h. das Dritte Reich verlangt die „Herausgabe“ Nordschleswigs . . . Es verlangt sie — selbstverständlich — „im Namen der Menschenrechte“. Denn die Menschenrechte erfreuen sich im braunen Deutschland bekanntlich besonders hoher Achtung und Wertschätzung . . .

Seit dem Marsch auf Wien hat die Zahl der Naziversammlungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet — vor allem nördlich der Grenze — erheblich zugenommen und der Ton der Hetzreden hat sich verschärft, soweit das noch möglich war. Der ständig wiederkehrende Refrain und Schlusseffekt ist der Appell an den Führer, dass er doch möglichst bald das dänische Joch der „geknechteten Brüder in Nordschleswig“ abnehmen und sie „heimholen“ möge ins grossdeutsche Reich . . .

Die deutsche Minderheit in Dänemark — das weiss die Welt — nicht im mindesten geknechtet. Sie erfreut sich eines Höchstmasses an Freiheit und sie genießt nicht nur formell, sondern auch faktisch volle Gleichberechtigung mit allen anderen Bürgern des freien dänischen Staates. Welch schamlose und gemeine Germanisierungspolitik dagegen die dänische Minderheit im heutigen Deutschland zu erdulden hat, ist in diesen Blättern mehrfach dargestellt worden. Es ist notwendig, auf die widerliche nationale Unterdrückung, die hier vom braunen Regime geübt wird, immer wieder hinzuweisen — solange es noch Menschen gibt, die unwissend genug sind, Hitlers schöne Reden von der „Achtung“, die er fremdem Volkstum entgegenbringe, irgendwie ernst zu nehmen.

Die Vereinigung der in Deutschschleswig lebenden Reichsbürger dänischer Nation „Den slesvigske Forening“ hat kürzlich der dänischen Öffentlichkeit eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, die mit unheimlicher Deutlichkeit zeigen, welche Erpressermethoden im Kampf gegen das Dänentum im Reich angewandt werden. Es sind ähnliche Methoden, wie sie das faschistische Italien gegen das Deutschtum in Südtirol einsetzt. Wir geben hier aus dieser Materialsammlung ein paar Beispiele wieder. Es handelt sich um Briefe, die von Angehörigen der dänischen Minderheit an „Den slesvigske Forening“ gerichtet wurden:

I. An „Den slesvigske Forening“
Hier
Wir sehen uns genötigt, unseren Austritt aus „Den slesvigske Forening“ zu erklären, da wir laut Mitteilung der Kreisleitung aus der dänischen Minderheit ausscheiden müssen, wenn wir Winterhilfe und Zuschuss für kinderreiche Familien erhalten wollen.
Flensburg, den 30. März 1938.
(folgt Unterschrift und Adresse)

II. Flensburg, 30. März 1938
In Anbetracht der Arbeit meines Sohnes sehen wir uns gezwungen, unseren Austritt aus der „Forening“ anzuzeigen. Wir bitten unsere Namen aus der Mitgliederliste zu streichen, da wir sonst arbeitslos werden würden.
(folgt Unterschrift und Adresse)

III. 7. April 1938.
Ich teile hierdurch mit, dass ich und meine Familie aus der dänischen Minderheit austrete, weil mein Junge in die Hitlerarmee eintreten muss und ich nicht mehr meine Arbeitsstätte bei der Marine- schule Mörwig betreten dürfte.
Mit deutschem Gruss!
(folgt Name und Unterschrift.)

IV. Ich unterzeichnete . . . erkläre hierdurch meinen Austritt aus „Den slesvigske Forening“, da mir auf der Rechtsauskunfts-

stelle im Rauthaus gesagt wurde, dass ich sonst nicht länger Kriegshinterbliebenen-Rente bekommen könne.

Flensburg, den 7. April 1938.
(folgt Name und Unterschrift.)

Derartige erpresste Austrittserklärungen, die in ihrer lakonischen Kürze erschütternd Auskunft über die Leiden der Deutschland-Dänen im Dritten Reich geben, gehen seit Monaten tagtäglich beim Sekretariat der dänischen Minderheitsvereinigung ein. Arbeitslose und Kriegshinterbliebene müssen ihre paar Unterstützungsgroschen mit der Verleugnung des eigenen Volkstums erkaufen. Und wer Arbeit hat, wird mit Entlassung bedroht, sofern er nicht bereit ist, „freiwillig“ sich von seinem Volk, seiner Muttersprache, seiner Kulturtradition loszusagen und sich und die Seinen um des täglichen Brotes willen einer Zwangsgermanisierung zu unterwerfen, deren letzte Konsequenz der erzwungene Eintritt in dieselben Naziorganisationen ist, die in Schleswig-Holstein die antidänische Hetze als Hauptgeschäft betreiben. —

Vor einiger Zeit wurde in dem Nazi- blatt „Flensburger Nachrichten“ der folgende „offene Brief“ abgedruckt (Wir zitieren den Wortlaut zurückübersetzt nach der dänischen Zeitschrift „Graensvagten“):

An das dänische Generalsekretariat
Flensborghus, Flensburg
Hiermit melde ich meinen und meiner Familie Austritt aus „Den slesvigske Forening“ mit augenblicklicher Wirkung. Wir sind zu diesem Schritt von niemandem gezwungen worden. Wir wünschen keine Besuche mehr von Seiten der Forening und lehnen auch jede Unterstützung von ihr ab. Wir sind unserer Geburt nach Deutsche!
Heil Hitler!
Ludwig Elbert, Heinrichstrasse 7.
Emma Elbert, geb. Voss.

Triumphierend fügten die „Flensburger Nachrichten“ hinzu, dass dieser Brief wieder einmal zeige, dass alles Gerede von erpressten Austritten aus der dänischen Minoritätsvereinigung lügnerrische Greuelhetze sei. Viele sogenannte Dänen seien eben überhaupt keine Dänen, sondern Deutsche, die von den Dänen gekauft und eingefangen wurden und die nun frei und selbständig zur Erkenntnis ihres wahren Volkstum kommen und sich freudig zu ihrem Führer

Adolf Hitler bekennen. Darauf — nur darauf — seien die vielen Austrittserklärungen der letzten Zeit zurückzuführen. Beweis: der Fall dieses Ludwig Elbert, der den Weg zu seinem Deutschtum zurückgefunden habe und der laut und öffentlich erkläre, dass er von niemandem auf diesen Weg gedrängt worden sei. Einzig die Stimme des Blutes habe gesprochen . . .

„Den slesvigske Forening“ stellte daraufhin eine Untersuchung des „Falles Elbert“ an. Es ergab sich das Folgende:

Elbert ist das Kind einer deutsch-dänischen „Mischehe“. Muttersprache: dänisch. Die „Stimme des Blutes“ kann sich bei ihm also nur fünfzigprozentig bemerkbar machen. Bis Dezember 1937 bekam er von der Wohlfahrtspflege eine Kinderbeihilfe. Plötzlich wurde ihm diese entzogen. Anfang 1938 wurden ihm, der sich mit seiner Familie in Notlage befindet, auch die Gaben entzogen, die ihm bisher von der berühmten deutschen Winterhilfe grossmütig gespendet worden waren. Eines Tages endlich — sogar Datum und Stunde sind genau ermittelt — erschien bei Elbert ein mit ihm im gleichen Hause wohnender Nazi-funktionär. — Zellenwart der NSV — zusammen mit einem Gestapobeamten. Die beiden redeten auf Elbert ein und erklärten ihm, dass er die gestrichene Kinderbeihilfe und auch die Winterhilfsspenden wieder bekommen könne, — wenn er nur einsähe, dass er ein Deutscher sei und kein Däne. Andernfalls — ja was ihm andernfalls noch alles passieren könne, das könne man nicht wissen . . . Schliesslich drückte der Gestapobeamte dem Elbert einen Federhalter in die Hand, legte ein Blatt Papier vor ihn auf den Tisch und diktierte dem zunächst Widerstrebenden Wort für Wort den oben wiedergegebenen Brief, der dann später — wahrscheinlich von dem Zellenwart der Nazipresse übergeben — als Zeugnis der freiwilligen Bekehrung eines bisher ins Dänentum verirrten deutschen Volksgenossen in grosser Aufmachung in den „Flensburger Nachrichten“ abgedruckt wurde.

Das ist der nackte Tatbestand. Und solche erpressten „freiwilligen“ Erklärungen werden in und um Flensburg tagtäglich geschrieben. „Den slesvigske Forening“ weist darauf hin, dass ein grosser Teil der Austrittserklärungen

nicht von dem jeweiligen Absender, sondern von der Hand eines Dritten geschrieben und vom Absender nur unterzeichnet ist.

Und das Regime, das diese verrufenen Sklavenhalter-Methoden anwendet, dieses Regime, dem jede Brutalität recht ist, die der Entnationalisierung der in Deutschland lebenden fremden Volksgruppen dienen kann, dieses Regime hat die Stirn, sich als Schirmherr der angeblich „unterdrückten“ Deutschen in der Tschechoslovakei und in Dänemark aufzuspielen! . . .

814 dürfen prügeln Immunität im Dritten Reich

Manfred von Brauchitsch hat über das Verhalten der Frau Baldur von Schirach gegenüber dem „Führer“ geklatscht. Baldur von Schirach begibt sich in die Wohnung Manfred von Brauchitschs und verhaftet ihn mit der Reitpeitsche. Manfred von Brauchitsch erstattet Strafanzeige.

Armer Staatsanwalt! Was wird aus ihm, wenn er — wie ein immer noch bestehendes Gesetz von ihm verlangt — gegen den Prügelhelden wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung Anklage erhebt? Baldur von Schirach ist ein mächtiger Mann, er hat vielleicht, sogar wahrscheinlich, in allerhöchstem Auftrag gehandelt. Der arme kleine Staatsanwalt sieht im Geiste die allmächtige Reitpeitsche auch schon über seinem eigenen Haupte schweben. Da kommt ihm eine rettende Idee.

Ist dieser Baldur des Dritten Reiches nicht nebenbei auch einer von den 814, die auf der Visitenkarte die Buchstaben MdB. stehen haben, erster Klasse fahren und für diese anstrengende Tätigkeit 7 200 Mark im Jahre beziehen? Und schreibt die Verfassung von Weimar nicht vor, dass Abgeordnete nur mit Zustimmung des Reichstags verfolgt werden dürfen? „Ich hab's“, ruft der Staatsanwalt, und er schreibt dem Geprügelten, er könne gegen den Prügler nicht einschreiten, weil dieser — Reichstagsabgeordneter sei.

Die Immunität wurde einst geschaffen, um im Parlament eine Stätte freier Kritik zu sichern. Jetzt verleiht sie den 814 das Recht, die Reitpeitsche zu schwingen. Reden dürfen sie nicht, aber prügeln dürfen sie.

Die letzten Reserven

In den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ (Nr. 180) ruft ein Nazi-Diplomlandwirt Felber den Bauern zu:

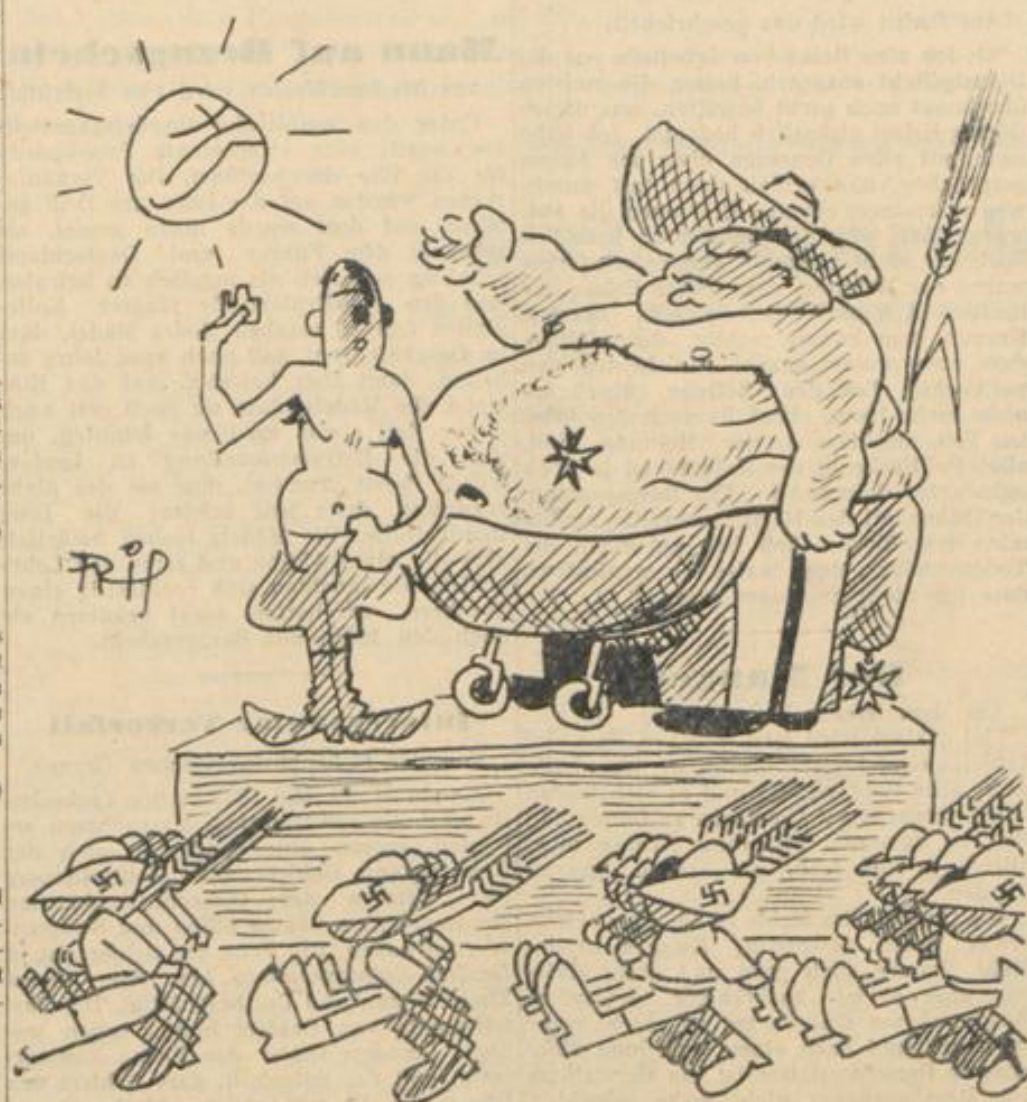
„Die gestellte Aufgabe ist gewaltig, das Ziel weit gesteckt. Die Forderung ist aber nur dann zu erfüllen, wenn es dem deutschen Landvolk gelingt, allen Schwierigkeiten zum Trotz auch die letzten Reserven, die in dem deutschen Boden stecken, zu mobilisieren. Dass dieses Ziel nicht leicht zu erreichen ist, dass es dazu gewaltiger Anstrengungen und Opfer bedarf, ist jedem Einsichtigen klar. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften bedeutet für das Bauerntum eine starke Belastung. Und trotzdem ist es notwendig, diese Opfer zu bringen; denn es geht um das Leben und die Erhaltung des ganzen deutschen Volkes. Ihr habt manches Opfer bringen müssen. Allein, noch nie wurde in der Geschichte Grösseres erreicht ohne Opfer, und auf diese Opfer werdet ihr im Alter einmal stolz zurückblicken“, so rief der Reichsbauernführer Darré in seiner Rundfunksprache dem deutschen Landvolk zu. Das deutsche Landvolk weiss, wofür es geht. Es zeigt seine Treue zu Führer und Volk auch durch Steigerung seiner Leistungen in der Erzeugungsschlacht.“

Genau so hörte man es vor 20 Jahren, also im vierten Kriegsjahr. Wenn diesmal der gleiche Ton schon vor dem ersten Kriegsjahr angeschlagen wird, — mit Hilfe welcher Steigerungen soll dann eigentlich durchgehalten werden?

Händeklatschen in einer Kirche. Die englische Presse berichtet von einer Predigt in Wien, die von den Christenverfolgungen der ersten Jahrhunderte handelte. Als der Priester betonte, dass das Christentum nicht sterben werde, dass aber alle seine Feinde untergegangen sind, gab es in der Kirche ein gewaltiges Händeklatschen.

Ihr schnellster Wunsch. Die Flüsterpropaganda der Nazis in der Tschechoslovakei verbreitet: „Am 21. Juli kommt das Statut heraus, dann werden die Hauptspitzen der Sozis gehängt.“

Pleite der Angreifer. Die japanische Regierung hat die Einladung zu den Olympischen Spielen für 1940 nach Tokio widerrufen.



Die Erntefestuniform

Berichte aus Deutschland

Opfer des Terrors

Der im Frühjahr 1936 verhaftete und später zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte frühere Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse H. Schönleiter, hat sich in seiner Zelle im Zuchthaus erhängt.

Bei der Urteilsverkündung im Jahre 1936 sagte er: „Diese Zeit überlebe ich nicht.“ Er war etwa fünfzig Jahre alt.

Judenhetze in Konstanz

Aus Konstanz erfahren wir: Vom 19. bis 25. Juni hat in Konstanz eine „Judenaktion“ stattgefunden. An den Eingängen zu den jüdischen Geschäften war über Nacht die Inschrift: „Jüdisches Geschäft“, auf dem Gehweg angeschrieben worden. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag, 25./26. Juni, hat dann eine neue Sonderaktion gegen das beste und älteste Konfektionsgeschäft Spiegel und Wolf stattgefunden. Bei diesem Geschäft ist immer noch wegen der vorzüglichen Bedienung viel gekauft worden. An den Fenstern stand ganz dick und unförmig geschrieben: „Saujud“ oder „Juda verrecke“. Auf dem Gehweg vor dem Geschäft, vor allem vor den Türen ganz gross: „Jüdisches Geschäft“. Die Täter müssen gestört worden sein, denn ein Fenster war nur noch ganz dick vollgespritzt und den Farbkübel hatten sie stehen gelassen. Dazu kam noch, dass an dem Samstag am hellen Tage ein SS-Lastauto so an die ausgezogenen Sonnenüberdachung angefahren war, dass es die Tragwinkleisen gegen das grösste Schaufenster gedrückt und dieses vollständig zerschmettert hat. Das sah alles grausig aus und der Menschenstrom am Sonntag wollte kein Ende nehmen, der an dem Geschäft vorbeizog. Dabei waren auch viele Ausländer da, weil die grosse Ruderregatta auf dem See stattfand. So sahen auch ausser den Schweizern andere Ausländer die Zerstörungen. Man konnte auch feststellen, dass diese Ausländer, auch andere wie Schweizer, von diesem Zustand photographische Aufnahmen machten.

Einem Konstanzener, der mit einigen Nazi-funktionären über die Zerstörungen sprach, sagten diese, das alles sei ohne Wissen der Partei geschehen. Er nannte sogar den Namen Fahrman als der Anführer der Sache. Dieser Fahrman steht im Konstanz Adressbuch als „Betriebsleiter“, aber niemand weiss, was er für einen Betrieb leitet. Sein Vater soll in Konstanz Friseur gewesen sein, er selbst war einmal Schauspieler. Vor einiger Zeit lief er noch ziemlich abgetragen herum, jetzt aber kleidet er sich ganz elegant. Alle Leute schimpfen über diese Verschmierungen und Zerstörungen. Die vorbeipromenierenden Leute machten ihrem Unwillen laut und ungeniert Luft.

Besetztes Gebiet

Österreichs Eisenbahner nicht zuverlässig

Die Nazis fürchten, dass sie sich im Kriegsfall nicht unbedingt auf die österreichischen Eisenbahner verlassen können. Sie haben deshalb eine grössere Zahl als zuverlässige Nazis geltende reichsdeutsche Eisenbahner nach Wien und nach Bahnhöfen an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze versetzt; ein grosser Teil dieser Eisenbahner gehörte früher zur „Technischen Nothilfe“.

Als Ersatz für die ins Grenzgebiet kommandierten Eisenbahner wurden in vielen Fällen Eisenbahner eingestellt, die 1933 von den Nazis wegen ihrer Tätigkeit für die freie Eisenbahnergewerkschaft entlassen worden waren. Soweit bisher übersehbar, wurde keiner dieser Eisenbahner in Dienststellen eingestellt, in denen er seinen Kollegen aus seiner früheren freigewerkschaftlichen Tätigkeit bekannt ist.

Was verschwiegen wird

Vom Schwarzwald wird uns mitgeteilt: Wir haben bereits berichtet, dass anlässlich des Deutschlandsfluges zwei Flugzeuge direkt über den Häusern von Triberg abgestürzt sind. Mit diesen zwei Stürzen war jedoch die furchtbare Katastrophe noch nicht beendet. Wie sich herausstellte, sind in dieser Gegend des Schwarzwaldes in einem Zeitraum von nur einundeinhalb Stunden noch drei weitere Flugzeuge abge-

Fronarbeit für politische Gefangene

Zuchthausabteilungen in Fabriken

Der Beauftragte für den Arbeitseinsatz im Vierjahresplan hat am 18. 5. Anweisungen für den „verstärkten Arbeitseinsatz der Justiz-Gefangenen“ herausgegeben, die man seit Abschaffung der Sklaverei für unmöglich gehalten hätte. Im Nazi-Zuchthaus sind sie nichts Aussergewöhnliches. Die Richtlinien schreiben vor:

„Alle nur einigermaßen arbeitsfähigen Justiz-Gefangenen sind zu ernsthafter Arbeit heranzuziehen. Der Reichsminister der Justiz hat zu diesem Zwecke die Arbeitspflicht auch der Untersuchungsgefangenen eingeführt und ferner angeordnet, dass durch Aenderung der Strafvollstreckungspläne auch die Gefangenen mit kurzen Strafen einsatzfähig gemacht werden“. Da bei der schlechten Verpflegung die meisten politischen und kriminellen Gefangenen entkräftet sind, hat „der Reichsminister für Justiz Vorkehrungen getroffen, die Arbeitsleistungen der Gefangenen durch Verstärkung der Kost zu sichern...“ (Reichsarbeitsblatt vom 25. Juni 1938.)

Gefangenen-Kolonnen.

„Bei Aussenarbeiten... kommen vor allem in Frage: die Beschäftigung in Ziegeleien und Steinbrüchen, Tongruben, Kalkbrennereien usw... Diese Arbeiten eignen sich durchaus zum Gefangeneinsatz, da regelmässig grössere geschlossene Gruppen benötigt werden und die Unterbringung in Baracken vielfach auch bereits gesichert ist. — Die Beschäftigung bei grösseren Erdbewegungsarbeiten, im Strassen-, Wege- und Kanalbau, Planierungsarbeiten und Schachtarbeiten für öffentliche Grossebau-Vorhaben (Nazi-Prunkbauten! Red.)... Hilfeleistungen für Landwirtschaft... Ar-

beitsleistungen im Forst, beim Wegebau und in den Kulturen. Hierbei werden sich auch für weibliche Gefangene Verwendungsmöglichkeiten ergeben... Für weibliche Gefangene kommt unter anderem auch ein Einsatz für die Konserven- und Fischkonservenindustrie in Frage...“

Rüstungsbetriebe im Gefängnis

„Der Einsatz für die Eisen- und Metallwirtschaft wird dadurch erleichtert, dass sich unter den Gefangenen etwa 8 000 Metallarbeiter befinden. Der Reichsjustizminister hat sich deshalb bereit erklärt, Metallarbeitsbetriebe in den Vollzugsanstalten einzurichten“, die für „auftragerteilende private (!) Betriebe“ arbeiten sollen. Es „ist auf... Umschulung solcher Gefangener besonderer Bedacht zu nehmen, die aus übersetzten Berufen, (z. B. Drucker, Bäcker, Fleischer, Friseure) stammen. Diese werden z. B. bei etwa eingerichteten Metallarbeitsbetrieben als Hilfskräfte anzuschulen sein. Es muss (aber) nach Möglichkeit vermieden werden, aus der Landwirtschaft stammende Gefangene zu nichtlandwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen“. — Bei der Einrichtung von Metallarbeitsbetrieben „wird besonders die Stellung des technischen Personals, die Bereitstellung von Maschinen und Werkzeugen und die Sicherung der Rohstoffversorgung zu regeln sein. Die auftragerteilenden privaten (!) Betriebe werden hierfür in erster Linie sorgen müssen“.

Gefangenenabteilungen in Betrieben.

„Da die Einrichtung von Metallbetrieben in Gefängnissen und Zuchthäusern eine längere Zeit beanspruchen und den verstärkten Einsatz der Gefangenen hinauszögern wird, ist zu prüfen, ob nicht sofort

die Möglichkeit besteht, Gefangene einsetzbar in gewerblichen Unternehmungen zu Arbeitsleistungen heranzuziehen. Voraussetzung hierzu ist, dass abgetrennte Räume, Hallen oder besondere Gebäude für die Gefangenen zur Verfügung stehen. Können die Gefangenen nicht in die Vollzugsanstalten zurückgebracht werden, so wäre auch hier die Unterbringung in Aussenarbeitslagern zu erwägen“.

Es wird also bald in deutschen Betrieben Abteilungen geben, in denen politische und auch kriminelle Gefangene unter Bewachung für ein Taschengeld arbeiten müssen. Andere Betriebe werden in Gefängnissen Werkstätten einrichten. Welche Rückwirkungen das auf Arbeitsbedingungen und Verdienste der „freien“ Arbeiter haben wird, braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden.

Unter Umständen, falls die Zahl der Gefangenen — d. h. der abgeurteilten und in Untersuchungshaft befindlichen „Politischen“ und „Kriminellen“ nicht ausreicht, will der Beauftragte den Arbeitseinsatz sich an den Justizminister mit dem Antrag wenden, „übergehend Gefangene aus anderen Vollzugsanstalten oder aus den Etablissements“ — aus Konzentrationslagern! — zur Verfügung zu stellen“.

In gut unterrichteten deutschen Kreisen nimmt man an, dass die Verhaftung tausender politisch Verdächtiger und Juden in den letzten Monaten in erster Linie erfolgte, um das Reservoir billiger Gefangenen-Arbeit zu vergrössern!

Entpolitisierung

Aus Baden wird uns geschrieben:

Als ich eine Reihe von Arbeitern auf die Dienstpflicht ansprach, hatten die meisten überhaupt noch nicht begriffen, was dieser Göring-Erlass eigentlich bedeutet. Ich habe auch mit alten Genossen über den Erlass gesprochen, und erhielt dann fast durchweg zu meinem eigenen Erstaunen die Antwort: „Ach was, den Schmarren habe ich noch gar nicht gelesen.“ Andere wiederum waren der Meinung, dass dieser Erlass nur für den Kriegsfall in Betracht komme. Kurzum man konnte richtig durchfühlen, dass eine grosse Anzahl von Leuten den politischen Teil der Zeitung überhaupt nicht mehr lesen, allenfalls noch den lokalen Teil, und dass sie der Meinung sind, alles Politische in der Zeitung ist ja doch aufgeblähter Schwindel. Ein Bürgersmann, der früher mit den Nazis liebäugelte, meinte mir gegenüber: „Ich lese nur noch die Todesanzeigen, dann weiss ich wenigstens, dass ich nicht angelogen werde.“

Der Mangel

Aus dem Grenzgebiet Lausitz:

Viel geklagt wird jetzt darüber, dass der Schleichhandel stark zunimmt. Wer halbwegs über Geld verfügt und es sich leisten kann, versucht auf Umwegen zu Butter und Fett zu kommen. Für diese Waren muss allerdings viel mehr als sonst gezahlt werden.

Die Qualität des Mehls ist im allgemeinen etwas besser geworden. Zwar sieht das Mehl immer noch grau und nicht weiss aus, aber es ist backfähiger geworden. Rosshaarbesen sind so gut wie nicht mehr zu haben und nach einer Mitteilung eines unserer Berichterstatter ist die Herstellung von Rosshaarbesen nicht mehr erlaubt.

Zwiebeln sind im ganzen Grenzgebiet schon seit Wochen nicht mehr zu haben. In Gebiete war in den letzten Wochen die

Versorgung der Bevölkerung mit Fett und Butter etwas besser. Jetzt gibt es aber so gut wie keine Margarine, kein Fett und keine Butter. Butter gibt es nur wenige Gramm pro Kopf und Woche. Jedoch auch das ist nicht einheitlich in allen Grenzorten festzustellen. Im Durchschnitt bekommt die Person in der Woche etwa 90 g. Butter. Die Hausfrauen sind darüber natürlich nicht erbaut, und zwei Beamtinnen erklärten kürzlich öffentlich im Laden, dass dieser Zustand den österreichischen Kindern, die massenweise nach Deutschland gekommen seien, zu danken sei!

Mann auf Bezugschein

Aus Niederschlesien wird uns berichtet:

Unter den weiblichen Handelsangestellten wurde eine interessante Propaganda für die Ehe durchgeführt. Die Verkäuferinnen wurden auf das Büro der DAF geladen und dort wurde ihnen gesagt, sie seien es dem Führer und Deutschland schuldig, so rasch als möglich zu heiraten und den Arbeitsplatz für jüngere Kolleginnen frei zu machen. Jedes Mädels, das im Geschäft lernt, soll noch zwei Jahre arbeiten, dann aber heiraten. Auf den Einwand der Mädels, dass sie doch erst nach dieser Zeit etwas verdienen könnten, um sich die Heiratsausstattung zu kaufen, wurde ihnen erwidert, dass sie das nicht brauchten, denn jede bekäme die Ehestandbeihilfe. Die Mädels lachen natürlich über die ganze Aktion und raten den Lehrmädels, sie möchten sich rechtzeitig einen Verehrer anschaffen, sonst bekämen sie noch den Mann auf Bezugschein.

Interessanter Terrorfall

Von der tschechoslowakischen Grenze.

Als am 21./22. Mai 1938 in der Tschechoslowakei die militärischen Massnahmen erfolgten, musste unter anderem auch der Henleinmann Gehlert aus Katharinaberg im Auftrage der tschechoslowakischen Staatsexekutive Bäume fällen und Strassensperren bauen. Die Frau des Gehlert ist in Deutsch-Katharinaberg bei der Firma Zimmermann und Co. beschäftigt. Die Parteifreunde von Gehlert hatten schon wenige Stunden später der Firma Zimmermann und Co. mitgeteilt, dass Gehlert den Dienst für die tschechoslowakische Staatsexekutive nicht verweigert, sondern für die Tschechen gegen die Deutschen Kriegsdienst geleistet habe. Daraufhin wurde die

Frau von der Firma in Deutschland in Grund Paragraph 6, Absatz 4 des Gesetzes zum Schutze der nationalen Arbeit freigelassen.

Ihre Zweckklügen

Wie wir aus der Lausitz hören, wird den kleinen Grenzorten sehr gegen Kommunisten und besonders gegen tschechischen Kommunisten zu Felde gezogen. Diese hätten angeblich Präzedenzfälle abgesetzt und Hitler müsse unbedingt in der Tschechoslowakei Ordnung schaffen, wenn der Bolschewismus von der Tschechoslowakei Besitz nehmen solle.

Führerschulen im Dritten Reich

Erfolgreiche Ausbildung der politischen Leiter, so lautet eine grosse Ueberschrift „Völkischen Beobachter“ vom 28. Mai 1938. Wir erfahren bei der Lektüre, dass es nicht nur um die Ausbildung der SA-Mitglieder, sondern um die aller politischen Leiter, das „braune Ehrenkleid“ tragen, handelt. Die Ausbildung besteht in Marsch-, Schiess-, Sport- und Disziplinbildung. Die Erziehung wird als soldatische Haltung und Disziplin in Uniform und Uniform gekennzeichent, und es wird besonders hervorgehoben, dass die im Weltkrieg am besten 10 Schützen des Gauessens nunmehr den Gau beim Reichsparteitag im Weltkrieg der politischen Leiter auf dem Reichsparteitag zu vertreten haben.

Soldatische Haltung, Pistole und Marschmusik sind die Grundlagen der politischen Leiter und Parteitagsglieder.

Die Nazis haben das Oskar-Helene-Heim in Berlin-Dahlem neu entdeckt. Jedem bringt die Zeitschrift „Die Frau am Reichsparteitag“ eine ausführliche Darstellung der Methoden und der Erfolge, mit denen in dieser Anstalt jugendliche Körperbehinderte Lebensfreude und zur Berufsfähigkeit erzogen werden. Wir freuen uns über die Anerkennung eines grossen und vorbildlichen Werkes, das von Liberalen und Marxisten gegründet, mit unendlicher Aufopferung aufgebaut und mit viel Freisinn durchgeführt worden ist. Wir denken mit Wertschätzung an den einstigen pädagogischen Direktor dieser Anstalt, den Genossen Wätz, von den Nazis vertrieben, auf der Flucht von ihnen erschossen worden ist.

Sozialismus, nicht Proletfaschismus!

Die weltanschaulichen Grundlagen

Es gehen Propheten im Lande um, die gegen den „Sozialdemokratismus“ predigen. Sie beschuldigen ihn eines unerlaubten Verhältnisses zur Humanität.

Das klassische Humanitätsideal, sagen sie, ist ein Kind des achtzehnten Jahrhunderts, also eines Zeitalters, das einem bestimmten Reifegrad der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung entspricht. Kant und Herder, Danton und Robespierre waren Repräsentanten der aufsteigenden Bourgeoisie, und die Menschenrechte nur so eine Art besserer Schwindel, mit dem die Bourgeoisie das Proletariat hineinzulegen versuchte. Glücklicher Weise ist aber das Proletariat durch die marxistische Methode hinter diese Schliche gekommen und instandgesetzt, den reinen, unverfälschten, von allen liberalistischen und reformistischen Beimischungen befreiten „Klassenkampf“ zu führen.

Wenn von Humanität die Rede ist, so entschern diese Klassenkämpfer ihren proletarischen Revolver. „Right or wrong, my class“ — Recht ist, was dem Proletariat nützt. Damit glauben sie auf dem richtigen Wege zu sein, um den Sozialismus schnellstens zu verwirklichen und die von den liberalistischen Führern verschuldeten Niederlagen in glänzende Siege zu verwandeln.

Allerdings ergibt sich, wenn das Problem so gestellt ist, sofort die Frage, warum eigentlich das Proletariat siegen soll und warum gerade Hinz und Kunz die Narren sein sollen, sich für das Proletariat tot schießen zu lassen. Weil sie selber Proletarier sind? Ach, wenn sie das sind, was geht sie dann schon „das Proletariat“ an? Als Metallarbeiter und Funktionäre der Arbeitsfront können sie ganz anständige Löhne nach Hause bringen, während ihnen für proletarische Solidarität nur Hunger und Gefängnis winken. Vollends ist nicht einzusehen, warum ein Mensch, der nicht gerade Handarbeiter ist, für die Sache des Proletariats auch nur einen Fingerkrumm machen sollte. Karl Marx z. B. hätte bei seinem unbestreitbaren Talent und seinen guten verwandtschaftlichen Beziehungen ohne weiteres Professor der Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin werden können. Er hätte seine Töchter standesgemäß mit preussischen Geheimräten verheiratet und seine Pension in Ruhe verzehren können. Welcher Teufel riet ihm, dass er es vorzog, ein armseliges Emigrantenleben zu führen, sodass seine arme Frau sogar ihr Familiensilber versetzen musste?

Siehe, ein Geheimnis, das sich — folgte man gewissen Propheten eines seltsamen Vulgärmarxismus — nur noch mystisch erklären liesse! Man müsste einen neuen Mythos des Proletariats schaffen und sich die Proletarier als glänzende Lichtgestalten vorstellen, in deren Reihen zu kämpfen und zu sterben eine wahre Lust sein müsste. Nun wissen wir aber alle, dass auch die Proletarier ganz gewöhnliche Menschen sind und dass sie sich von den anderen gewöhnlichen Menschen nur durch die sozialen Bedingungen unterscheiden, unter denen sie leben.

Es ist nicht ohne weiteres einzusehen, warum diese sozialen Bedingungen Gegenstand eines Kollektivinteresses sein sollen, sogar auch bei Leuten, die selber gar keine Fabrikarbeiter sind.

Was aber den richtigen Proletarier anlangt, so dient er zumindest in den faschistischen Ländern sich selber am besten, wenn er sich um das Proletariat so wenig wie möglich kümmert...

Damit ist der Punkt erreicht, an dem selbst dem geduldigsten Leser die Sache zu dumm wird. Er schlägt mit der Faust auf den Tisch und ruft: „Aber wir sind doch anständige Menschen.“

Ein schlichtes Wort, ein Wort des gesunden Menschenverstandes! Es trifft den Nagel auf den Kopf. Hoffentlich hält niemand den, der es ausgesprochen hat, deshalb schon für einen schlechten Marxisten.

Dass man als Marxist von, allem, was Ethos, Moral, Sittlichkeit, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit heisst, Abschied nehmen muss, um das reine, unverfälschte, moralisfreie Interesse des Proletariats zu verfechten, ist nämlich ein ungeheurer Unsinn.

Ohne den humanitären Idealismus, den die grossen Denker des achtzehnten Jahrhunderts verkündeten, wäre das Proletariat nichts anderes als ein elend-erbärmlicher Menschenhaufen und weder für sich selber, noch gar für andere interessant. Ohne Erklärung der Menschenrechte — kein kommunistisches Manifest. Ohne Kant, Herder, Goethe, Schiller — kein Marx, kein Engels und kein Lassalle. Ohne französische Revolution — keine deutsche Arbeiterbewegung.

Warum ist Marx nicht Professor in Berlin geworden? Weil er ein Revolutionär war. Und warum war er ein Revolutionär? Weil er die knechteligen Zustände der deutschen Reaktion nicht ertragen konnte und weil ihm der Anblick der ausgebeuteten Fabrikinder das Blut in die Schläfen trieb. Seine titanische Freiheitsliebe, seine leidenschaftliche Menschlichkeit machten ihn zum grossen Ankläger der herrschenden Zustände in Staat und Gesellschaft.

Wenn er die bürgerlichen Epigonen und Nachbeter der grossen französischen Revolution angriff und verhöhnte, so tat er das nicht, um ihre Ideale anzugreifen und zu verhöhnen, sondern weil er an die Ehrlichkeit den Ernst, den Mut ihrer Gesinnung nicht glaubte. Möglich, dass er sich selber dieser Zusammenhänge nicht immer bewusst gewesen ist — war doch auch er nur ein Mensch und seiner Zeit verhaftet — aber jeder, der seine Schriften liest, muss erkennen, dass die gewaltigen Leidenschaften, die sie erfüllen, nirgend anders ihren Ursprung haben als in einer tiefen Humanität.

Die Propheten, die im Lande umhergehen und den „Sozialdemokratismus“ wegen seines unerlaubten Verhältnisses zur Humanität anklagen, sind also falsche Propheten und schlechte Marxisten. Ohne das Ideal der Humanität verliert der Klassenkampf seinen Sinn — was von ihm übrig bleibt, ist nur ein Geraufe um Geld, Arbeitsstunden, Brot und Kartoffeln, das keinen etwas angeht als die unmittelbar Beteiligten. Ohne Anerkennung der sittlichen Werte gibt es keine Solidarität, ohne Solidarität gibt es keinen Klassenkampf.

Wenn man die falschen Propheten in die Enge treibt, dann sind sie sehr beleidigt und versichern, natürlich seien sie auch für Moral, Anständigkeit, Solidarität und Menschlichkeit. Wogegen sie sich wehrten, das sei nur der Missbrauch dieser Begriffe durch die alten, „liberalistisch“ verseuchten Sozialdemokraten. Wenn dem so ist, so mögen sie das sagen und die alten „liberalistisch“ verseuchten Sozialdemokraten mögen sich verteidigen — sie sollen aber nicht den Anschein erwecken als gäbe es in der Arbeiterbewegung so etwas wie einen Proletfaschismus, der sich gegenüber den grossen sittlichen Werten der Menschheit nihilistisch verhält. Wenn sie sich schon rühmen, dass sie über das alleinlicht- und waschechte Rot verfügen, dann sollen sie doppelt aufpassen, dass sich ihre Fahne nicht etwa bräunlich verfärbt. Was uns betrifft, so zweifeln wir nicht an ihren guten Absichten und ihrer anständigen Gesinnung, wir halten sie nur für politische Kider, die sich ungeheuer wichtig

vorkommen, wenn sie die Grimassen der Faschisten nachahmen. Sie wissen nicht, welchen Schaden sie anrichten, sie wissen nicht, dass ihr vermeintlicher Radikalismus der aller schlimmste Opportunismus ist.

Es ist notwendig zu sagen, dass die deutschen Sozialdemokraten nicht daran denken, einen solchen Unfug mitzumachen. Sie wissen, dass proletarischer Klassenkampf ohne das Ziel der Humanität ein Unding ist. Sie wissen freilich ebensogut, dass Humanität nicht gleichbedeutend ist mit Schwäche und Weichlichkeit gegenüber den gefährlichsten Feinden der Menschheit. Auch der humanste Staat kann nicht darauf verzichten, Verbrechern zu bestrafen, und wenn Deutschland einmal wieder ein Staat sein wird und keine Räuberhöhle, dann werden natürlich alle Brandstifter, Meuchelmörder, Diebe und Erpresser, die jetzt mit Orden und Ehrenzeichen herumlaufen, das erhalten, was ihnen nach dem Recht eines jeden zivilisierten Staatswesens gebührt.

Dies zur Beruhigung für diejenigen, die fürchten, die Humanitätsduselei liberalistischer Sozialdemokraten könnte sie um ein Schauspiel bringen, das ihre Phantasie schon jetzt, leider etwas zu früh, lebhaft beschäftigt.

Indes hat die Bestrafung der Verbrecher nur dann einen Sinn, wenn sie dem Zweck eines höheren Rechtes gilt. Der politische Kampf, wie wir ihn meinen, ist nicht ein Kampf zwischen mehreren Räuberbanden um die Beute, sondern ein Kampf gegen das Unrecht für das Recht, gegen die Despotie für die Freiheit, gegen die Bestie im Menschen für ein höheres Menschentum.

Die Arbeiterklasse hat kein besonderes Klassenrecht und keine besondere Klassenmoral zu vertreten. Indem sie für die Verwirklichung der grossen Ideale kämpft, die in der Geistesarbeit des achtzehnten Jahrhunderts ihren reinsten Ausdruck gefunden haben, kämpft sie zugleich auch für ihr Klasseninteresse, und indem sie dies tut, kämpft sie für das Glück und die Freiheit der ganzen Menschheit. Darin eben, dass sie nicht für sich allein kämpft, sondern für alle, liegt ihre Kraft und die Gewähr ihres künftigen Sieges. F. St.

Der absolute Unsinn

Alles ist relativ - nur Führers Urteil nicht

Das rauschende Gepränge und der Festzug, mit dem der zweite „Tag der deutschen Kunst“ in München gefeiert wurde, charakterisieren den neudeutschen Kunstrummel und die neue Ausstellung: Pomp, Aeusserlichkeiten, Theater, Schmiere. Im Festzug wurde Plastik mitgeführt; ein Kitsch, der an die Spiesserkunst der Gründerjahre gemahnt. Auf einem Wagen die „Gestalt der Donau“, auf einem anderen eine lorbeerschwingende allegorische Frauenfigur, antiquiertester Stil, Töchter von Ziegler's Terpsichore, das berückende Weib des wilhelminischen Philisters. Diese Unkunst entspricht Hitlers kleinbürgerlichem Missgeschmack, wie er sich auch in der neuen Ausstellung austobt. Und so redete er, beginnend mit Geschimpfe auf das Ausland:

„Es gibt dabei einem einfältigen Ausland gegenüber anscheinend gar keine bessere Empfehlung für einen kulturellen Unsinn oder Betrug als die Bemer-

kung, dass das im heutigen Deutschland abgelehnt wird.“

Dann folgte ebenso nobles Geschimpfe gegen jene Geister im Dritten Reich, die Corinth noch immer höher schätzen als Führers Lieblingspinsler und wilhelminischen Hofkitsch. Selbst aus Nazikreisen kam die Opposition gegen Hitlers Jury, und von den Gleichgeschalteten wurde vor Züchtung der Mittelmässigkeit vorsichtig gewarnt. Der Führer musste sich verteidigen, auch gegen das eigene Lager. Wie macht er das? Er macht aus der Not eine Tugend: „Anständige Mittelmässigkeit“ ist für ihn die beste Vorbereitung des Genieken. Wie er dies sagte, das macht ihm auch keiner nach. Dieser Stil, dieses Deutsch, diese Sicherheit, mit der er jeden Satz unfreiwillig fürs Kabarett pointiert, das konkurriert erfolgreich mit allen anderen braunen Greueln. Geben wir einiges aus dem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wieder:

... Denn Genie ... repräsentiert sich im Gegenteil durch seine überragenden Leistungen, die sich ersichtlich abheben von den allgemeinen Werken des Durchschnitts. Wenn ich daher jede Wertung menschlicher Leistungen als eine relative bezeichnen muss, dann ist es erst recht notwendig, schon den allgemeinen Masstab möglichst hoch zu wählen.

... Es ist daher auch das Zeichen jeder Verfallszeit, nicht nur die Genies abzulehnen, sondern überhaupt den anständigen Durchschnitt anzukeln.

Darum Bahn frei für den Durchschnitt, alles andere ist entartete Kunst!

Ich habe es nun für notwendig erachtet, im vergangenen Jahr zunächst für den anständigen ehrlichen Durchschnitt den Weg freizumachen. ... Auf diese Weise wird sich die allgemeine Bewertung an sich hoch spannen und es dem einzelnen erschweren, an diesem ausserlesenen Wettkampf teilzunehmen und damit wird sich auch die Zahl der Millä-

Die Sorge um den Kriegsbedarf

Deutschland speichert gewaltige Getreidevorräte

fer verringern. Diejenigen, die sich dann trotzdem noch über allem erheben, können mit Sicherheit dann als Genies festgestellt werden. . . . So dass, was in den letzten Zeiten als die alljährlich fällige Novität gepriesen wurde, in Wirklichkeit sich überhaupt nur in halben Jahrtausenden als Wandlung oder besser Entwicklung ergeben könnte, vorausgesetzt, dass es sich überhaupt um Kunst handelt!

Und so weiter über eine Stunde lang. Deutschland sein heisst klar sein. . . . Er spricht von der „relativen Wertung“ und fällt dauernd senkrechte Urteile für die Ewigkeit; er weiss heute schon, was in fünfzig Jahren als genial gelten wird und was als entartet. Alles ist relativ, nur Führers Unsinn ist absolut. Dass er mit seinem Gepolter gegen Futurismus und Expressionismus zwei Drittel der sozusagen befreundeten italienischen Kunst beleidigt und in den Orkus legt, dünnt ihm wohl kaum. So besinnungslos, so grössenwahnsinnig hat noch kein führender Dilettant drauflos geredet.

Schwer für die Gleichgeschalteten, das Kauderwelsch in Leitartikeln zu würdigen, ohne schamhaft zu stammeln. Nur wenige werden so kritisch wie das „Neue Wiener Journal“ sein, das einige Vorbehalte behutsam auswickelt:

„Man darf aber dabei nicht vergessen, dass auch Kunstbewegungen von höchster Bedeutung zuerst Befremden und scharfe Ablehnung erfahren haben, die später als Höchstleistungen erkannt und vom ganzen Volk gewürdigt wurden. Es sei nur an Richard Wagner und Bruckner erinnert. Mit welcher Feindseligkeit hat sich die ganze Kunstkritik gegen diese Meister verhalten und auch das Volk hat erst langsam ihre Bedeutung erfasst.“

Die jahrelange Arbeit an einem Werk der bildenden Kunst kann in kürzester Zeit überblickt werden, während bei Musik und Schrifttum das Nacheinander, also ein ganz bestimmter und nicht kurzer Zeitraum notwendig sind, das Werk kennenzulernen und eine Einstellung dazu zu finden.

In jedem echten Kunstwerk sind Ewigkeitswerte vorhanden, aber auch die Erkenntnis dieser Ewigkeitswerte muss erworben werden und ist mit einem flüchtigen Blick nicht zu erreichen.“

Das waren einst auch in Deutschland Selbstverständlichkeiten, heute kann es dem meckerischen Schreiber den Kopf oder mindestens die Feder kosten, denn mit diesen Sätzen wird die ganze Kunstzensur des Dritten Reiches erledigt. Gewisse Wiener Blätter sind offenbar noch nicht gewohnt, allen Blödsinn zu schlucken; sie werden sich ein Beispiel an Goebbels nehmen müssen. Der weiss um den Irrsinn dieses Kunstquatsches, aber ohne mit der Stimme zu zittern, feierte er das „Kunstlerum des Führers“ in einer Byzantinerrrede: Sie, mein Führer, haben. . . Sie, mein Führer, werden. . . Sie, mein Führer, sind der grösste Künstler:

„Der Führer hat die Kunst einmal als eine erhabene Mission gefeiert, die zu Fanatismus verpflichtet. Allerdings ist die Kunst, die wir hier meinen, kein Gegensatz zur Politik, sondern nur ihre sinnvolle Ergänzung und endgültige Bestätigung; denn auch die grosse Politik entspringt einem künstlerischen Trieb. Die wirklich überragenden Staatsmänner wa-

Generalmajor Thomas, Chef der Amtsgruppe Wehrwirtschaft im Oberkommando der Wehrmacht, also ein führender Mann der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, hat am 21. Juni vor den Reichsbankbeamten einen Vortrag über „Weltwirtschaft oder Autarkie als Betrachtung von seiten der Landesverteidigung“ gehalten, der Beachtung verdient. Die Autarkie, verkündete er, führe häufig zur Steigerung der Kosten und zum Sinken der Erträge, erfordere in vielen Fällen grössere Investitionen und mehr Arbeiter, als wenn die Produkte auf dem Weltmarkt gekauft würden. Im Weltkrieg hätten nicht die auf Autarkie eingestellten Länder, sondern die weltwirtschaftlich tätigen die grösste Widerstandskraft gehabt. Sowohl im italienisch-abbessinischen wie im chinesisch-japanischen Kriege habe sich gezeigt, dass auch im heutigen Kriege Gold und Devisen eine grosse Rolle spielen. Sie könnten aber nur durch stete Stärkung des Aussenhandels verdient werden. Für Deutschland bestehe daher die Notwendigkeit, sich an die Weltwirtschaft anzuschliessen.

Man könnte diese Rede als oppositionellen Vorstoss der Armeeführung gegen den Vierjahresplan und dessen Initiator Göring bewerten, wenn man nicht wüsste, dass das Regime es liebt, eine Kritik an sich selbst höchst eigenhändig aufzuziehen, wenn es sich davon eine Wirkung auf das Ausland verspricht. So waren viele Reden Schachts dazu bestimmt, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es innerhalb der Regierung des Dritten Reiches ausser der offiziellen autarkistischen Richtung auch eine inoffizielle weltwirtschaftliche, die zu unterstützen sich lohne, z. B. durch Warenkredite. Diese Täuschung konnte solange aufrecht erhalten werden, bis Schacht in der Versenkung verschwunden und von Göring abgelöst war.

Das Regime ist aber heute solcher Maßstäbe bedürftiger als je. Generalmajor Thomas sagte in seinem Vortrage, eine falsch geleitete Autarkie könne die wirtschaftlichen Reserven eines Landes verbrauchen. Es zeigt sich heute bereits, dass nicht trotz, sondern gerade wegen des Vierjahresplanes die Auslandsabhängigkeit Deutschlands grösser ist als je, weil eben die Kriegsvorbereitung immermehr von den Reserven an Menschen und Material

ren auch immer die überragenden Kunstfreunde, Baumeister und Mäzene.“

Möglich, nur hat sich keiner der überragenden Staatsmänner als Kunstrichter aufgespielt. Bismarck — um einen derer anzuführen, die für den Hitlerismus als grosse politische Baumeister gelten — Bismarck hätte mit hahnebüchener Grobheit reagiert, wenn ihm je einer zugemutet hätte, sich zum Präzeptor der Kunst aufblasen zu lassen. Das bleibt immer politischen Charlatanen vorbehalten. Sie kommen von der Schmiere nicht los; Schmiere, Schminke, Anbetung des Kitsches sind ihre typischen Kennzeichen.

verbraucht, also in Gefahr gerät, ihren eigenen Zweck zu verfehlen. Dass das so ist, ersieht man aus dem jüngst veröffentlichten Bericht der Reichskreditgesellschaft über den Stand der deutschen Wirtschaft, in dem bereits die Auswirkungen des Anschlusses berücksichtigt sind. Und der klingt, als habe er den Zweck, Thomas Warnungen mit Argumenten zu bekräftigen. Darnach haben sowohl die deutsche Industrie wie die deutsche Landwirtschaft einen Punkt erreicht, „wo die wachsenden Produktionskosten mit begrenzten Möglichkeiten einer Ausweitung der Erzeugung verbunden sind“. Laut Angaben einer führenden Persönlichkeit der Arbeitsfront bestehe ein Defizit von mindestens 500 000 Arbeitern, davon 85 000 in der Landwirtschaft. Von dem allgemeinen internationalen Handelsrückgang sei die deutsche Ausfuhr besonders schwer betroffen worden. Sie war im ersten Vierteljahr 1938 um 17 Prozent niedriger als im letzten Vierteljahr 1937.

Wie steht es mit der Einfuhr? Da erfahren wir, dass dank dem Verbot der Verfütterung von Weizen und Roggen Deutschland bis zur nächsten Ernte zwar genügend versorgt erscheint, aber nur dadurch, dass die Einfuhr von Getreidefrüchten in sensationellem Masse erhöht worden ist. Es mussten 1 600 000 Tonnen Mais zu Verfütterungszwecken und in der Zeit vom 1. August 1937 bis zum 30. April 1938 819 000 Tonnen Weizen eingeführt werden, in neun Monaten ebensoviel wie im ganzen Jahre vorher.

Die ganze Bedeutung dieser erstaunlichen Zahlen wird erst klar, wenn man sie mit früheren vergleicht. Dazu muss man wissen, dass die Einfuhr der 1 600 000 Tonnen Mais in der Zeit vom August 1937 bis Februar 1938 erfolgt ist, also in 7 Monaten. In den letzten drei Jahren hat sich die Einfuhr von Weizen und Mais wie folgt gestaltet:

	in 1 000 Tonnen			
	August bis April	1935/36	1936/37	1937/38
		Zunahme		
		im Jahr		
Weizen	64,9	100,5	819	701 %
Mais	83	31,6	1643	5200 %

Da Deutschland seit 18 Monaten keinen Weizen mehr ausführt, ist Einfuhrüberschuss gleich Einfuhr. Im Jahre 1931/32 betrug der Einfuhrüberschuss von Weizen 600 000 Tonnen, 1937/38 betrug er in neun Monaten 819 000 Tonnen, also im Monatsdurchschnitt 1931/32 50 000, im Monatsdurchschnitt 1937/38 91 000 Tonnen, also fast das Doppelte. Das Jahr 1927 war das Rekordjahr der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In diesem Jahr wurden 2 105 000 Tonnen Mais importiert, diesmal in sieben Monaten 1 642 000 Tonnen. Das ergibt für 1927 einen Monatsdurchschnitt von 175 000 Tonnen, für 1937/38 einen Monatsdurchschnitt von 235 000 Tonnen. Der heimische Getreidebau ist zurückgegangen und die Auslandsabhängigkeit so gross oder noch grösser als vor Ausbruch des Dritten Reiches. Aber damals gab es noch gutes Brot, heute ist das Volk auf das unverdauliche Spezialmischbrot Marke Darré angewiesen.

Dass die Ernährungswirtschaft des Dritten Reiches ohne Auslandhilfe längst zusammengebrochen wäre, ist die erste Tatsache, die dem Chef der Amtsgruppe Wehrwirtschaft im Oberkommando der Wehrmacht die Zunge gelöst hat

Aber zugleich ist der Getreidekonsum durch Verschlechterung des Brotes und allerlei Konsumverbote künstlich eingeschränkt worden. Einst gab es noch gutes Brot, heute ist das Volk auf das unverdauliche Mischbrot Marke Darré angewiesen. Wie ist es zu erklären, dass trotz des grossen Verbrauchs mit solcher Plötzlichkeit und in diesem riesigen Ausmass der Getreideimport gesteigert werden musste? Offenbar deshalb, weil die diesjährige Getreideernte noch schlechter zu werden droht als die vorjährige. Der Fehler der Natur, die diesmal den deutschen Kriegsvorbereitungen nicht gnädig ist, muss also durch Aufstapelung riesiger Getreidevorräte korrigiert werden. Was dem Chef der Amtsgruppe Wehrwirtschaft im Oberkommando der Wehrmacht die Zunge gelöst hat, ist der begriffliche Wunsch, dass das Ausland dem Dritten Reich ausser dem Getreide die Devisen liefert, die es sonst noch braucht, um zum Kriege gerüstet zu sein. Dafür würde es sogar auf ein Stück Autarkie verzichten. G. A. F.

Zuchtwahl mit Darlehen

Auf der Halbinsel Schwanenwerder liegt die erste Reichsbräuteschule. Zweiundzwanzig Mädchen werden dort augenblicklich für die Ehe vorgeschult. Braucht man zu erwähnen, dass es sich hier nicht um gewöhnliche Bräute der durchschnittlichen Volksgemeinschaft handelt? Im Programm heisst es:

„In der Bräuteschule finden zwar alle jungen Mädchen, die heiraten wollen, Aufnahme. Bevorzugt aber werden die Bräute von SS., SA., Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht, Hitlerjugend und den Junkern der Ordensburgen. Für den sechswöchentlichen Aufenthalt mit Verpfle-

gung und Schulung zahlen sie hundertzwanzig Mark. Kann eine Braut diese Summe nicht aufbringen und ist sie Ehestanddarlehensempfängerin, so kann sie auf Antrag ein Darlehen von 100 Mark zusätzlich erhalten, das vielfach nicht einmal zurückgezahlt zu werden braucht. Auch kann die SS den Bräuten ihrer Angehörigen noch Darlehen geben.

Die Bräuteschule legt, wie es nicht anders sein kann, bedeutendes Gewicht auf Körperschulung. Das dürfen die privilegierten späteren Gatten mit Recht verlangen. Wie gut das Zuchtmaterial ist, kann man aus den Photographien ersehen: Thunfische und Bräuhilden wetteifern an physischer Stattlichkeit miteinander.

Neues Volkstum

Der Gast und die Hitlerjugend-Elite

Um das Folgende zu geniessen, muss man sich der Zelllager der sozialistischen Arbeiterjugend entsinnen, ihrer unbekümmerten Fröhlichkeit, ihrer Natürlichkeit im Verkehr mit den älteren Genossen. Welche Gastlichkeit und naive Fröhlichkeit schlug dem Besucher entgegen. Man stelle sich die Aufgeschlossenheit und Aufnahme vor, wenn einer aus München ein solches Lager der roten Falken in Norddeutschland besucht hätte, um darüber daheim zu berichten! Und vor allem: Welchen Ehrgeiz setzten die führenden Jugendgenossen darein, in fremden Genossen den besten Eindruck von solcher Lagergemeinschaft zu hinterlassen.

In Kiel hat man ein „Lagertreffen des Hitlerjugend-Führerkorps der Nordmark“ aufgezogen. Hitlers Auslese soll dort in Kriegs- und Friedensarbeit, in „Kultur- und Volkstumsarbeit“ geschult werden. Der „Völkische Beobachter“ (10. Juni) bringt einen Bericht seines „nach Kiel entsandten Schriftleiters Seehofer“. Der schwärmt vorschriftsmässig von den herrlichen Jungens und gibt als Beweis ihres prächtigen Geistes eine kleine Episode wieder. Halten wir sie fest; es handelt sich zwar nur um einfachen braunen Alltag, aber gerade dieser kleine, scheinbar belanglose Ausschnitt ist typisch. Während Rosenbergs Abgesandter das Lager mustert, geht ein peitschender Wolkenbruch nieder, mit Blitz und Krach. Alles schlüpft in die Zelte. Auch der Redakteur des „Völkischen Beobachters“. Und die Jungens, freuen sie sich nicht, nach alter-

manischer Sitte dem Gast einigen Schutz unter ihrem Dache bieten zu können? Lassen wir den Beglückten selber sprechen:

„Da sitzen wir uns denn auf dem Stroh gegenüber, während das Wasser rauscht, der Donner grollt und der Blitz funkt; zehn Jungen vom Spielmannszug mit den glänzenden Schwalbennestern auf den Schultern und ihnen gegenüber der eine, von dem sie nicht wissen, was sie aus ihm machen sollen und wie sie zu dem Glück kommen. Aber auf alle Fälle, man sieht es den Gesichtern an, es muss schrecklich für sie sein, einen sogenannten Zivilisten in ihrer Mitte zu wissen. Sie machen aus ihrer Gesinnung auch gar keinen Hehl, und von hinten höre ich eine Stimmwechselstimme:

„Das möchte ich mal sehen, wenn ich mich einfach ohne zu fragen in seine Stube setze, was er dann sagt!“ Zehn Paar Augen starren, zehn Paar Arme sind angriffslustig angestemmt.“

Die Angriffslustigen jedoch tun dem Gast wirklich nichts, denn er bemüht sich mit einigen Worten eine Brücke zu schlagen. Er sagt u. a.:

„Gib mir mal die Trommel rüber, mein Junge, ich könnte doch früher einen ganz guten Wirbel schlagen!“ Nichts rührt sich, keine Trommel wird herübergereicht. Nur die Stimme von vorhin meldet sich wieder:

„Es hat aufgehört zu gessen, jetzt wird nicht getrommelt, jetzt gehen wir Steine stossen!“

Schluss. Keiner geht auf die Bitte des Gastes ein. Aus ist der Bericht. Besser als diese unfreiwillige Entblössung der eigenen Zucht könnte kein Stimmungsbild den grossnützigen Missgeist dieser aufgeblä-

senen Fünfzehnjährigen charakterisieren. So fremd ist diesen ausserwählten Jungens die übrige Welt, dass sie einen Zivilisten unwillig und wie eine Erscheinung aus einer unbekanntem, feindlichen Welt anstarren. Sie respektieren nur Uniform und Kommando, das aber stramm und mit Händen an der Hosennaht. Sie sollen draussen „Breitenarbeit“ leisten, sollen der übrigen Jugend als Beispiel voran leuchten, sollen ihren Horden n. a. deutsche Sitte, deutsches Volkstum, deutsche Volksgemeinschaft lehren — und hätten den parteigenössischen Münchner Besuch am liebsten aus dem Zelt in das Gewitter hinausgejagt.

Früher urteilte man allenthalben in Deutschland über solche Jugend sehr einfach: Lausejungens, die zunächst einmal die einfachsten Grundbegriffe menschlichen Anstandes hätten lernen müssen und die nirgends als Vorbilder gegolten hätten. Der Redakteur des „Völkischen Beobachters“ jedoch merkt überhaupt nicht, welch übles Kontext einer arroganten Landsknechtsjugend er entwickelt, und sein Blatt druckt das peinliche Zeugnis nichtsahnend in breiter Aufmachung. Da ihnen Kultursitten fremd geworden sind, merken sie schon nicht mehr, was es bedeutet, wenn sie von den eignen Zöglingen angefleht und aus dem Zelt komplimentiert werden, ohne dass für den Älteren, den Gast und Gesinnungsgenossen, auch nur einer der zehn angehenden Jünglinge eintritt.

Wenn diesen halbstarren Auswahl-Barbaren schon die vorhergehende Generation der eignen Bewegung verkalkt erscheint und wenn sie später diesen ihren „alten Kämpfern“ auf den Köpfen herumtrommeln, dann haben sie bei Wotan nicht ganz unrecht.

Rückblicke

Ja, mein Sohn, das waren Zeiten damals. Allein die Komödie mit dem Christentum, Menschenskind. . . . Es ist schwer, den Heiligen, Jahrzehnte nach dem Wirbel, eine rechte Vorstellung davon zu geben. Was sagt ich doch vorhin? Ach so: das grosse Reich beraubte unbenutzte Bewohner, verjagte sie zu Hunderttausenden, ganze Heere. Verjagter stauten sich in fremden Ländern, es war eine ungeheure Völkerwanderung, beraubter, rechtlos gemachter Menschenmassen — und die Gastländer berieten dauernd, wie man die Massenheere der Enteigneten, Verjagten ernähren könne. Keiner der geplagten Staatsmänner aber protestierte laut und öffentlich gegen den Raubbau und die Verjagung. Keiner forderte wirtschaftliche Vergeltungsmassnahmen.

Englische Lords hielten das Blutsystem immer noch für ein Bollwerk des Eigentums, als es schon alles enteignete, was dem Macht- und Raubbau des Systems irgendwie unbequem, unsympathisch und im Wege war oder sonstwie in die Augen stach. Gedankenlose Besitzbürger hielten das für Ordnung, als das System längst drauflos plünderte wie Dschingiskhan: arm und reich, Einheimische wie Fremde. Bourgeoisie und Adel erhofften von diesem System noch Rettung ihrer Welt, als die neue Raubbourgeoisie, der neue privilegierte Parteiadel der Hitlerpartei, die übrige Welt zu fleddern begann und für die anderen eine Zwangsarbeit einführte, wie sie der Bolschewismus nicht drakonischer hätte schaffen können.

Man debattierte in den demokratischen Ländern über Erhaltung des Friedens, als die Achse schon jahrelang Krieg führte und längst auf Dauerkrieg und Krieg

Aberglaube im Dritten Reich

Von der Kulturlosigkeit der braunen Führerschicht

Der Aberglaube des „Führers“ ist bekannt. Eingeweihte erzählen sich mit Begehren, in welchen Formen dieser Aberglaube sich äußert. Hitler hat „glückliche“ und „unglückliche“ Wochentage, gute und schlechte Monatsdaten, glück- und unglückbringende Menschen. Der Münchener Photograph Hoffmann verdankt seinen Aufstieg zum Günstling des Diktators der Tatsache, dass diesem noch vor der Machtergreifung einige Male etwas Erfreuliches passiert ist, nachdem ihn Hoffmann besucht hat. Uebrigens ist die Freundschaft dem Photographen einmal sehr zustatten gekommen. Er war in ein Hochverratsverfahren hineingeschlittert, weil er ausländischen Zeitschriften photographisches Material verkauft hatte. Hitler griff zu seinen Gunsten ein und das Reichsgericht fügte sich dem Spruch des „obersten Richters“ in Freundschaft. Wahrscheinlich wollte der „Führer“ nicht lange oder ewig den „guten Kiebitz“ — wie die Kartenspieler sagen — entbehren.

Selbstverständlich glaubt der Diktator auch an glück- und unglückbringende Sterne und Sternlagen. Ein ganzer Stab von Astrologen berät ihn, wann eine politische Entscheidung durchzuführen oder aufzuschieben ist und ob sie zu „unterbleiben“ hat. Bei Hitler ist das sogar noch ein Akt der Bescheidenheit. Nachdem ihn die Schmeichlerklique um Professor Bäumler zu einer Art kosmopolitischen Potenz erhoben hat, schränkt der „Führer“ sein Größenbewusstsein demgegenüber etwas ein, indem er den Sternen sozusagen Vorrangstellung zuweist. Aber Galgenhumor beiseite: Hitlers Aberglaube ist sachlich durchaus verständlich. Er muss ja beim Rückblick auf die eigene Karriere eine derartige Erfolgserie höchst erstaunlich finden. Das ging nicht zu mit richtigen Dingen; das alles geschah nach Lauenhaftigkeit des Abenteurers und solche Scherze mochten sich wohl Sterne erlauben, aber nicht Menschen mit nüchternen Erwägungsfähigkeiten auf Grund sachlicher Realitäten mit ihrer unverbrüchlichen Gesetzmäßigkeit. Ganz konsequent von seinem Standpunkt beging er einen Akt der Dankbarkeit, als er im „Völkischen Beobachter“ von Zeit zu Zeit gegen die „Verjudung des Sternhimmels“ d. h. gegen die Benennung von Sonnenkörpern nach ihren jüdischen Entdeckern ankämpfen liess.

In Diktaturstaaten mit Zwang zum Byzantinismus sind Abirrungen des Diktators niemals Privatangelegenheiten. Andere müssen, auf Wink, auf Befehl, aus Angst vor Unnade, mitmachen. Der „Führer“ hat so viel übrig für Astrologie, die amtliche Gelehrsamkeit wird hoffentlich — das wäre ja noch schöner — seinen Glauben mit wissenschaftlichen Formeln legitimieren können. Vor der Machtergreifung hatte Hitler dem „Hellscher“ Hanussen versprochen, Lehrstühle für Astrologie errichten zu lassen; aus Dankbarkeit für vieles, was der „magische“ Hochstapler dem Nationalsozialismus geleistet hat. Jahr aus, Jahr ein zeigten die Sterne, nach Hanussen, immer den Aufstieg Hitlers zur Macht an. Hanussen wurde von den Nazis ermordet. Aber die

Liebhaber der Astrologie wünschten weiter die Errichtung von Lehrstühlen und Hitler hat das zunächst auch gewollt.

Sofort ergab sich eine Schwierigkeit. In welcher Fakultät sollte man diese „Wissenschaft“ unterbringen? Einige schlugen die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung vor. Auf dem heutigen Niveau operiere die Astrologie so gut wie der Astrolog mit angewandter Physik und Mathematik, es sei also am besten, sie dieser Fakultät zuzuweisen. Wo man aber auch anfragte, die Dekane antworteten ablehnend, und wo sie sich auf Begründungen einliessen, immer mit den gleichen Einwänden. Der Astrolog wolle den Einfluss der Sterne auf Menschen- und Völkerschicksale feststellen, damit aber habe es die Geschichte, die Psychologie und Philosophie zu tun, nicht aber die Naturwissenschaft. Man musste sich also doch an die philosophische Fakultät wenden.

Den ersten Versuch unternahmen die Astrologen bei der Universität Giessen. Sie versprachen sich viel von August Messer, dem dortigen Ordinarius für Philosophie. Der Herr hatte, kurz vor der Machtergreifung Hitlers, Anschluss bei den Nationalsozialisten gefunden; ausserdem war er mehr als andere Professoren geneigt, gewisse Behände der „Parapsychologie“ in spiritistische Ansichten einmünden zu lassen. Messer sprach sich in der Fakultätssitzung so aus, dass die Kollegen den Wunsch herausbrachten, einen Lehrstuhl für Astrologie zu errichten. Damals — es war im Mai 1933 — gab es noch so etwas wie Zivilcourage an den Universitäten. Obwohl alle philosophischen Fachvertreter wussten, wessen Wunsch man damit erfüllen würde, verlangten sie entrüstet den Abbruch der Verhandlung. Die Universität habe nicht als unheimwissenschaftliche Ablagerungsschleife zu dienen. Nach dieser Abfuhr gingen die Astrologen zu anderen Universitäten hantieren. Sie holten sich weitere Niederlagen, eine immer saftiger als die andere. Zuletzt sprachen sie in Berlin vor, wahrscheinlich in der Erwartung, Hitler werde hier leichter als anderswo zur Abgabe eines Machtanspruches zu bewegen sein.

An der Universität Berlin ist die Trennung von naturwissenschaftlicher und philosophischer Abteilung nicht durchgeführt. Es gibt hier nur die eine philosophische Fakultät. Damals kam es bei allen Anträgen auf Max Plancks und Heinrich Meyers Stimme an. Planck war erschüttert, geradezu entsetzt. Er hatte aber nicht den Mut, zum Antrag Stellung zu nehmen. Kurz zuvor hatte er schlechte Erfahrungen mit Hitler gemacht. Im Auftrag der Fakultät hätte er dem „Führer“ den nachteiligen Einfluss der nationalsozialistischen Lehr- und Erziehungspraxis vorhalten sollen. Er kam nicht dazu, alles zu sagen, was er sagen wollte. Hitler verabschiedete ihn mit der bekannten Drohung: „Sie haben es Ihrem hohen Alter zu verdanken, dass ich Sie nicht ins Konzentrationslager einsperre.“ Heinrich Mayer wurde desto deutlicher. Der Verfasser des Werkes „Sokrates“, „Wahrheit und Wirklichkeit“, mit Driesch und Cohen der letzte Systemphilosoph

Deutschlands, erklärte, dass er die Universität nicht beleidigen werde durch eine sachliche Erörterung des Antrages; er halte ihm gegenüber nur einen Protest für angebracht. Der Protest klang so aus: „Machthaber sind am Werk und pfuschen in die Wissenschaft hinein. Sie haben uns den Aberglauben des Blut- und Rassenkultus beschert. Das war wirklich genug. Uns noch den mittelalterlichen Kehrtritt der Astrologie aufbürden zu wollen, ist zu viel.“ Er setzte durch, dass weder Debatte noch Abstimmung erfolgte. Es war Heinrich Meyers letztes Bekenntnis in der Universität. Drei Wochen später erlag er einem Schlaganfall.

Nun kam es aber so, wie es auch nur in Diktaturstaaten zugehen kann. Die Astrologie fiel bei Hitler in Ungnade. Ihm selbst sagten es die Sterndeuter nicht, aber überall sprach es sich herum, dass die Sterne dem Hitler allerhand Unannehmlichkeiten verkündeten. Besonders von der SA, sollte ihm Gefahr drohen. Mit Spaten, mit Stöcken, mit Sensen würden sie ihn umbringen, den Goebbels ebenso, und kein Stück von ihrer Leiblichkeit würde wohlbehalten übrigbleiben. Kartenleger, die so dumm sind, Unheil zu verkünden, lässt man links liegen. Eine Zeit waren astrologische Propheten verboten. Frick und Rosenberg, die aus vom Standpunkt „nationalsozialistischer Aufklärung“ verurteilten — es lähme die Tatkraft, es schränke die Souveränität der blutmässig bestimmten Schicksalsgemeinschaft“ ein — setzten es durch, dass der bisher nur in Bayern geltende Polizeiparagraph über Gaukelei auf Deutschland ausgelegt wurde unter Zusatz, dass nunmehr die Gerichte darüber befinden und schwere Strafen verhängen durften. Die Bestimmung verlor ihren praktischen Wert, denn die Sterne hatten sich bald gleichgeschaltet und verkündeten, wie zu Zeiten des „Hellschers“ Hanussen, der eigentlich Brettschneider hiess und Jude war, dem „Führer“ immer nur angenehme Dinge. Jetzt scheinen die Sterne abermals unter die Miesmacher, Nörgler, Meckerer, Wühlmäuse gegangen zu sein. Die Astrologen ausserhalb Deutschlands haben jedenfalls für 1938 den Wendepunkt der Karriere Hitlers prognostiziert und Hitler scheint davon nicht erbaut zu sein. Auf einmal traut sich wieder Rosenberg — der „Neue Vorwärts“ hat in Nr. 259 darüber berichtet — zum Angriff gegen die Astrologie vor. Das kann wechseln. Morgen können die Astrologen Lehrstühle an deutschen Universitäten haben.

Warum auch nicht? Inzwischen hat man an den Lehranstalten den Aberglauben des Blutkultus heimisch gemacht. Die opponierenden Gelehrten sind fortgejagt oder still geworden. So sind wissenschaftlich belanglose Bonzen, teilweise ohne Vorbildung wie Kriek, Werninghaus usw. auf die Lehrstühle der Universität gelangt und haben einen Begriff von Wissenschaftlichkeit akzeptiert, der glattweg die Aufhebung des wissenschaftlichen Charakters bedeutet. In der Bibel des Dritten Reiches steht geschrieben, dass Wissenschaft die Aufgabe

habe, Staatsinteressen zu fördern. Nun sagen es die Kriek, Werninghaus, Rammler als gehorsame Untertanen nach. Es wird, da Streicher viel für Naturheilverfahren übrig hat, gelehrt, dass Naturheilverfahren eigentlich die richtige medizinische Behandlung ist. Es wird, da Hitler und Goebbels partout Arier sein wollen, das Ariedogma vertreten. Warum morgen nicht auch anderen Aberglauben, etwa also den astrologischen von den Kathedern herabdozieren, an denen Kant, Fichte, Heimholtz gestanden haben? Hitler hat die Ehre der deutschen Lehrinstitute mit der Wut des Bildungsfeindes befleckt. Die Lehrer selbst scheuen keinen moralisch-wissenschaftlichen Abstieg mehr.

Bruno Altmann.

Hitlers Bevölkerungspolitik Ein völliger Fehlschlag

Dass sich die nationalsozialistische Politik des Lohnraubes, des Abbaues der Wohlfahrtsfürsorge und der Sozialgesetzgebung zum Nachteil des Volkes auswirkt, diese Tatsache vermag selbst die offizielle Statistik über die Bevölkerungsbewegung nicht zu unterdrücken.

Es nimmt die Zahl der Totgeborenen zu und es steigt die Säuglingssterblichkeit! In den Jahren vor der Aufrichtung der Hakenkreuzdiktatur haben beide einen fortwährenden Rückgang aufzuweisen gehabt. Lassen wir die Ziffern des im Auftrage des Gauleiters und Oberpräsidenten herausgegebenen Statistischen Handbuchs für die Provinz Ostpreussen sprechen. Es betrug:

	Die Zahl der Totgeborenen	Die Zahl der Gestorbenen im 1. Lebensjahr
1930	1.491	4.019
1931	1.377	4.058
1932	1.340	4.218
1933	1.296	3.998
1934	1.364	4.078
1935	1.445	4.567
1936	1.462	4.620

Solange sich die Bevölkerung des sozialen Schutzes und der sozialen Fürsorge erfreute, ist also die Zahl der Totgeborenen und der sterbenden Säuglinge fortgesetzt zurückgegangen. Selbst in den schlimmsten Krisen Jahren änderte sich daran nichts, weil eben die von den Sozialdemokraten geschaffenen sozialen Einrichtungen den armen Bevölkerungsschichten anerkannter Schutz und Hilfe boten. Seit 1934 aber gibt es jährlich eine viel höhere Zahl der Totgeborenen und eine erschreckende Zunahme der Säuglingssterblichkeit!

Diese ungünstige Wendung in der Bevölkerungsentwicklung der agrarischen Provinz Ostpreussen drückt sich auch darin aus, dass die Sterblichkeitsrate seit 1934 zugenommen hat. Im Jahre 1932 kamen auf 1000 Einwohner 11,7 Gestorbene, im Jahre 1937 aber 12,7! Das ist eine Steigerung um knapp 10 Prozent. Dagegen war in den letzten vier Jahren vor Hitler eine Abnahme von 12 Prozent zu verzeichnen gewesen!

So zeigt sich also selbst im Lichte der offiziellen Statistik die Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten als alles andere eher, nur nicht als ein Erfolg!

wirtschaft umgestellt war. Es gab grauenhaften Spass, sag ich dir. In den demokratischen Ländern wurde jede Friedensphrase der Diktatoren, die bereits Krieg führten, gläubig wiedergegeben, hoffnungsvoll kommentiert oder gar mit Weihrauch umnebelt. Die faschistische Presse aber beschränkte sich mit tönender Entrüstung über ausländische Pressehetze und hetzte wie toll gegen Länder, die gerade „dran“ waren. Einmal war das Litauen, dann wieder Oesterreich, dann mal Lettland oder Dänemark oder USA, dann die Tschechoslowakei. Und immer gingen die Augen der Welt mit dahin, wohin die faschistische Propaganda die Blicke der Welt ablenken wollte. Diese Propaganda gab ein Stichwort aus und die Diskussion der Welt kreiste prompt um dieses Stichwort, anstatt dass diese grossen nichtfaschistischen Mächte bestimmt hätten, wie und worüber zu reden gewesen wäre.

Die braune Presse tobte gegen Litauen, und die Welt beschäftigte sich aufgeregt mit den angeblich unerträglichen Leiden einer deutschen Minderheit in Litauen. Die braune Presse wettete gegen die Terrorisierung ihrer Agenten in Oesterreich — und die Weltpresse suchte die Aufgeregten zu beruhigen, statt sie anzuklagen. Die braune Presse schrie, die Zustände in der Tschechoslowakei seien unerträglich, und schon beschworen Lords händeringend das englische demokratische Land, schon sausten bekannt war und das seinen Deutschen erheblich mehr Rechte gewährte, als sie in Hitlerdeutschland gehabt hätten. Es war zum Kotzen. Keiner dieser Beschwichtigter kam darauf, die Leiden der Südtiroler, der

ukrainischen Minderheit oder der von den Braunen unterdrückten Volksmassen in Danzig zu untersuchen, anzuprangern, ins Licht der Weltdebatten zu rücken.

Es war schwer, auf die demokratischen Staaten keine Satire zu schreiben. Eine antifaschistische Zeitschrift hatte ein Land gelobt, dass einen Sieg gegen das gemeingefährliche grosse Reich davon getragen hatte, weil es, das kleinere Land, zur tapferen Gegenwehr klar machte. Die Zeitschrift lief Gefahr, von den Gelobten verboten zu werden. Warum? Weil der entlassene Angreifer mit wilden Drohungen verlangte, nicht noch mehr entblöset zu werden, denn sonst müsse er Krieg machen. Eine ausländische Zeitung gab der Nachricht von der Verteidigungsbereitschaft des kleinen Landes die Überschrift: Ein tapferes Volk. Es wundert mich heute noch, dass die Zeitung im Lande der also Gelobten nicht verboten wurde.

Frag nicht, ich sage dir ja, man kann den Heutigen das alles nicht völlig erklären. Im okkupierten, vergewaltigten Oesterreich herrschte bei jung und alt längst der Katzenjammer, der preussische Feldwebel organisiert Raub, die organisierte Korruption — da lief man in Nordböhmen noch immer dem falschen Erlöser nach und zimmerte für ihn das trojanische Pferd.

Die Welt dampfte vor Aufregung, die Dynamik der Dynamischen wurde sozusagen von ihrem eignen Lärm verschlungen. Da kam eines Tages eine merkwürdige Woche. Ich entsinne mich heute noch mit Entsetzen: bleierne Stille trat ein. Gedämpfte Achsenpresse, keine Drohungen, kein Weckend, keine Säbelrasselei im Rundfunk, keine Hetze. Es war unheimlich, sag

ich dir. Die Menschen hielten den Atem an und befürchteten das Allerschlimmste so sehr war der Lärm und der Kriegskrawall normaler Alltag geworden. Man war so an den Wirbel gewöhnt, wie die Bewohner der City an Gerassel, Ausschreier, Hupenkrawall. Es gab Leute, die hielten solche tagelange Stille nicht aus, sie wurden darüber verrückt. An der Börse brach am vierten Tag der Windstille offene Panik aus. Unternehmen, die man für bombensicher gehalten, machten über Nacht Bankrott. Inflationen drohten. Das Pfund sank. Aber sonst geschah nichts... Die Woche ging vorüber, neuer Krawall der Dynamischen setzte ein, der gewöhnliche Rhythmus kehrte zurück, die Menschen atmeten befreit auf.

Die Welt wusste gar nicht, wie sehr ihr das Verrückte zum Normalen geworden war.

B. Br.

Ehrung für Otto Freundlich!

Der Name des deutschen Malers und Bildhauers Otto Freundlich ist nicht vielen bekannt. Wer aber das Glück hatte, jüngst in Paris die schöne Ausstellung eines grossen Teils seines Lebenswerkes zu sehen, wurde überrascht von der unerschütterlichen Konsequenz, mit der ein Künstler ohne Rücksicht auf den Wechsel der Modeströmungen auf einem von Anbeginn vorgezeichneten Weg zu einem hohen Grad von Meisterschaft gelangt ist. Einige grössere Werke Freundlichs waren vor kurzem in der Pariser Exposition Murale zu sehen, und auch in der Ausstellung der deutschen Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts, die am 7. Juli in der New Burlington

Gallery in London eröffnet wurde, ist er würdig vertreten.

Otto Freundlich ist der Vorkämpfer der absoluten Malerei. Es ist ihm nicht darum zu tun, die Formen des Lebens nachzubilden, die wir Wirklichkeit nennen, sondern die Gesetze des Lebens in den Harmonien und Kontrasten von Farben und Flächen sichtbar zu machen. Dem oberflächlichen Betrachter mögen die Bilder Freundlichs als willkürliche Zusammenstellungen von Farbflächen erscheinen. In Wirklichkeit ist hier nichts zufällig, sondern alles mit grösster Strenge zur Einheit geordnet. Besonders die Werke Freundlichs aus den letzten Jahren lassen geformt mit den Mitteln des Malers und Bildhauers die Ordnung einer Menschenwelt ahnen, die nicht dem Zwang gehorcht, sondern den Gesetzen des Lebens.

Freundlich ist in diesen Tagen 60 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass ist er von bedeutenden Künstlern, wie Picasso, Gleize, Kokoschka, Arp und anderen durch einen Aufruf geehrt worden. Aber auch das Dritte Reich hat seiner gedacht. Auf dem Titelbild „Entartete Kunst“ ist eine seiner Skulpturen zu sehen, und auch im Text ist er reichlich gedacht. Damit hat auch das Dritte Reich auf seine Weise dem deutschen Künstler Otto Freundlich die ihm gebührende Ehrung zuteil werden lassen.

G. F.

Judenhetze im Blindendruck. Die jüdenfeindliche Propaganda in Deutschland bedient sich in der letzten Zeit auch des Blindendruckes, um mit Hilfe der Brailleschrift den Blinden Hass-Schriften gegen die Juden zu vermitteln.

Liquidation der Konsumvereine

Von der Gleichschaltung zur Auflösung

Presse und Radio haben im Dritten Reich eine Rede des Reichswirtschaftsministers Funk auf der Tagung der Reichsfachgruppe Handel vom 24. Mai in Berlin nach allen Seiten breitgetreten. Nur von einer Bemerkung wurde kaum Notiz genommen. Funk versprach dem notleidenden Privathandel allerlei Erleichterungen, insbesondere hinsichtlich der Konsumgenossenschaften. Er wolle das Konsumgenossenschaftliche Problem „wieder aufgreifen“ mit dem Ziel einer Liquidation der Deutschen Grosseinkaufsgesellschaft.

„Uns liegt daran, eine möglichst grosse Anzahl von gesunden Einzelunternehmen mit starkem Verantwortungsbewusstsein und starker Unternehmerinitiative zu schaffen, aber nicht kollektive Wirtschaftsgebilde, die dem besonderen Interesse eines einzelnen Standes oder Berufes dienen.“

Nun kann man beim besten Willen die Konsumgenossenschaften nicht als einseitige oder engherzige Berufseinrichtung ansehen, wohl aber handelt es sich um den Schutz der grossen breiten Verbraucherinteressen des gesamten Volkes. Es ist bezeichnend, dass im Zeichen der Kriegswirtschaft der letzte Rest von Verbraucherorganisation vernichtet werden muss.

Bei der Machtübernahme 1933 wurde das grösste Aufbauwerk der deutschen Arbeiterbewegung zunächst gleichgeschaltet. Die erfahrenen Funktionäre wurden auf die Strasse geworfen, der Zentralverband deutscher Konsumvereine wurde zusammen mit den beiden anderen Spitzenverbänden zu einem „Reichsbund deutscher Verbrauchergenossenschaften“ umgebaut. Die Neubesetzung mit alten Kämpfern genügt, um die Konsumvereinsbewegung „nationalsozialistisch“ gemacht zu haben. Unfähigkeit, Korruption und finanzielle Belastung mit überhöhten Verwaltungskosten führten die Konsumvereine alsbald in eine schwere Krise. Zwangsliquidierungen waren die Folge. Im Mai 1935 wurde ein „Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften“ erlassen, durch das die Neugründung von Konsumvereinen verhindert und die Auflösung der zu die frühere Grosseinkaufsgesellschaft in Hamburg angeschlossenen Vereine beschleunigt werden sollte. Das Gesetz bezweckte zunächst die Auflösung der „lebensunfähig“ gewordenen Konsumvereine, unter denen im Kommentar die grossen Verkaufsstellen zu verstehen waren. Etwa 80 der grössten Konsumvereine, die zusammen die Hälfte des Gesamtlumsatzes machten, sollten weggeräumt werden. Dann war die Liquidation der übrigen nur noch eine Frage kurzer Zeit. Der Verfallprozess nahm seinen Lauf.

Der Warenumsatz fiel von 1500 Mill. RM. im Jahre 1930 auf 823 Mill. im Jahre 1933 und 510 Mill. im Jahre 1936. Die Geschäftsanteile der Mitglieder sind von 75 Mill. (1930) auf 43 Mill. (1937), die Reserven von 72 Mill. (1930) auf 43.9 Mill. (1937) gefallen. Die Mitgliederzahl der drei Richtungen der Konsumgenossenschaften war vor Hitlers Machtantritt zusammen 6.5 Millionen, für Ende 1936 werden noch 2 Millionen Mitglieder angegeben.

Es spricht nur für die verlogene Agitation der Nazis, dass in dieser Zeit des gewaltsam betriebenen Verfalls der Konsumvereine gleichzeitig die grossen Waren- und Kaufhäuser einen weiteren Aufstieg genommen haben. Die Ankündigung des Wirtschaftsministers zeigt indes, dass der automatische Zusammenbruch der Konsumvereine noch nicht rasch genug vorstatten geht. Darum wird Parteigenosse Funk die Frage „wieder aufgreifen“, also mit den nötigen gesetzlichen Massnahmen den Konsumvereinen endgültig den Garaus machen.

Man hat den Konsumvereinen längst jede prinzipielle Propaganda gegen ihre privatwirtschaftliche Konkurrenz verboten. Auch hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit sind sie nach jeder Richtung beschränkt worden. Dennoch liegt auch in diesen so beschnittenen Konsumvereinen ein Beharrungsvermögen, das den Wirtschaftsminister veranlasst, dieser „gemeinnützigen Einrichtung“ mit Gewalt ein Ende zu bereiten. Es ist für die inneren Gegensätze des Regimes recht interessant zu beobachten, mit welcher Verzweiflung sich in diesen Wochen die Nazi-Führung der gleichgeschalteten Konsumvereine gegen das kapitalistische Händlertum wehren möchte.

Die Zeitschrift der Verbrauchergenossenschaften in Hamburg die „Bundschau“ schreibt:

„Wir sind mit gutem Willen an die Arbeit gegangen und haben der Erfüllung der betrieblichen Ziele all unsere Kraft gewidmet. Wir hielten uns nicht nur dazu verpflichtet, weil wir die gesetzlichen Organe dieser Genossenschaften waren, sondern auch, weil diesen Genossenschaften zwei Millionen Haushaltungen angehören und durch sie versorgt werden, die sich vorwiegend aus

Kreisen der unbemittelten Bevölkerung zusammensetzen und denen die Leistungen der Genossenschaften sehr wesentliche Beiträge zur Hebung ihres Lebensstandards bedeuten.“

Es würde von den Mitgliedern nicht verstanden werden, wenn man ihren Einrichtungen die Daseinsberechtigung absprechen würde, während man dem Bauern, dem Handwerker und dem Einzelkaufmann das Recht zum genossenschaftlichen Zusammenschluss belässt.“

Die „Rundschau“ setzt dann ausführlich auseinander, welche volkswirtschaftlichen Verluste aus einer „Verprivatisierung“ der Konsumvereine entstehen müssten. Es wirkt ganz lustig, wenn die Nazi-Rundschau alsdann die bornierte Bekämpfung widerlegt, die die Konsumgenossenschaften schon in der Vorkriegszeit erfahren haben.

„Niemand ist darüber im Zweifel, am allerwenigsten alle Genossenschaftler, dass eine gute Idee zu allen Zeiten Gegner gehabt hat, vielleicht sogar haben muss.“ Dann wird eine alte Schrift von Schulze-

Frei ist der Bursch

Soeben ist ein „Reichsgesetz über die soziale Betreuung der Studenten“ publiziert worden. Eine „wahrhaft revolutionäre Tat“, schreibt der Studentenfürer Dr. Scheel dazu. Worin besteht sie? Das Gesetz will durch eine zentrale Stelle alle Stipendienmittel für deutsche Studenten zusammenfassen, um die bisherige „Planlosigkeit“ zu beseitigen. Es will die Auslesebasis des deutschen Studententums verbreitern, denn „die Wahl des Studiums und der Zugang zur Hochschule darf in Zukunft nicht mehr Zufälligkeiten überlassen bleiben.“ Endlich will man eine Jungakademiker-Ehehilfe zur Förderung der Frühehe vorbereiten, eine „biologische Förderung der Bewegung.“

Das neue Reichsgesetz hat eine bemerkenswerte Vorgeschichte. Es häuften sich Klagen über mangelnden Akademiker-Nachwuchs. Zahlreiche wissenschaftliche Institute, die in den Jahren der deutschen Republik mit grossem Kostenaufwand geschaffen und ausgestattet worden waren, sind heute verödet. Es fehlt an Studenten, um den notwendigen Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten, sodass sich die Professoren in immer verzweifelteren Eingaben an das Ministerium wenden.

Das gilt keineswegs nur für die geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die bei diesem Regime nicht hoch im Kurse stehen. Es gilt nicht weniger für die Jurisprudenz, für die praktische Volkswirtschaftslehre, sogar für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer, wie die Statistik über die Besuchsziffern der deutschen Hochschulen deutlich beweist. Ueber die SS- und SA-Formationen und über die übrigen privilegierten Institutionen kommt man heute leichter zu Amt und Würde und Brot, als über die mühevolle akademische Stufenleiter mit ihren peinlichen Examina.

Das ist aber nicht der einzige Grund für die angebliche Erleichterung und Erbreiterung des Studiums. Auf dem Heidelberger Studententag wurde mitgeteilt,

dass bei dem Nachwuchsmangel in bestimmten akademischen Berufen gewisse Stellen unseres öffentlichen Lebens bereits zur Selbsthilfe schreiben. Einzelne Unternehmer, aber auch ganze Wirtschaftsgruppen lesen sich heute den nach ihrer Ansicht geeigneten Nachwuchs selbst aus. Sie bezahnen die Ausbildung selbst, wobei die spätere berufliche Laufbahn bereits garantiert wird und bestimmte Hochschulfächer genau vorgeschrieben werden.“

Delitzsch zitiert und es werden die alten Protokolle aus dem Württembergischen Landtag von 1907 herausgeholt, als sich damals die Regierung gegen ein Verbot der Beamten zum Anschluss an Konsumvereine ausgesprochen hat. Ja die wachsende Erkenntnis der Nazi-Genossenschaftler geht noch weiter. Sie verteidigen jetzt nach fünf Jahren Marxistenhetze sogar die früheren Konsumgenossenschaften gegen den Vorwurf „ins sozialdemokratische Fahrwasser“ geraten zu sein. Ein Naumann-Anhänger wird zitiert; er hatte u. a. ausgeführt:

„Selbst wer nicht der Auffassung ist, dass die wirtschaftliche Hebung der Arbeitermassen die Vorbedingung jedes politischen Fortschritts in Deutschland ist, selbst wer als blindgläubiger Mittelstandspolitiker kein erhabeneres Ziel als die Vernichtung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung kennt, selbst der müsste wegen der erzieherischen Wirkung der Konsumvereine ihre Verbreitung durch bürgerliche Intelligenzen fördern.“ Aus Schmollers Jahrbuch 1907 wird an-

Diesem Zustande soll nun durch das neue Gesetz ein „Riegel“ vorgeschoben werden. Die Partei will eine derartige akademische Kontrebande nicht länger dulden, weil „damit ihr Einfluss auf die Nachwuchsförderung zum Nachteil des Gesamtvolkes ausgeschaltet würde.“

Darum wird das Netz noch enger gezogen. Keiner soll mehr etwas aus einem privaten Hochschulstipendium (die vielfach von Juden und Ausländern gestiftet wurden) erhalten, der nicht von der Reichsstudentenführung als hinreichend zuverlässig erachtet würde. Niemand darf mehr mit Hilfe privater Mittel studieren, ohne die parteiamtliche Kontrolle passiert zu haben.

„Frei ist der Bursch“... Und das arglose Ausland glaubt immer noch, dass die deutschen Hochschulen Pflanzstätten deutschen Geistes seien und die akademische Jugend daran ihre freihetlichen Herdfeuer entzündet.

Selbst die Störche

Man hat in Deutschland mehrfach mit Bestürzung festgestellt, dass Arbeiter, die auf Montage ins Ausland geschickt wurden, nur widerwillig ins Dritte Reich zurückkehrten, dass sie ihre Reise unter allen möglichen Vorwänden zu verlängern trachteten. Diese Bestürzung ist jetzt hoffentlich besserer Einsicht gewichen. Die Regierung Adolf Hitlers legt viel Wert auf Urinstinkte, und dass es sich bei den Arbeitern, die nicht nach Hause wollen, um einen Urinstinkt handelt, ist durch ein Beispiel aus der Tierwelt klar erwiesen. Der Vogelforscher Kurt Kläre hat festgestellt, dass im vorigen Jahr in den Berliner Storchestern nur elf Jungstörche aufgezogen wurden. 1936 waren es noch 26. 1937 trat aber, wie Kurt Kläre im „Märkischen Naturschutz“ berichtet, ein Naturereignis ein, das einen Anfall von mindestens 50 Prozent aller Storchbruten zur Folge hatte.

„Grosser Nahrungsreichtum in Afrika verzögerte die im allgemeinen pünktliche Rückkehr unserer Störche um durchschnittlich einen Monat. Beim Eintreffen an ihren Brutstätten war vielen Störchen der Fortpflanzungstrieb bereits verlorengegangen. Das beweisen die Horste, die zwar von Störchen besetzt waren, aber keine Jungstörche aufzuweisen hatten.“

Selbst den Störchen ist also in Berlin das Essen zu schlecht. Auch dürfte ihnen

geführt, dass es „die notorischen Agenten des Grosskapitals sind, die den kleinen Händler mit den haltlosesten Verdächtigungen gegen die Konsumvereine machen“. Die ganze Abwehraktion der Nazi-Rundschau bestätigt immer wieder, dass auch die gleichgeschalteten Konsumvereine in der ganzen Nazi-Literatur keine Stütze zur Behauptung ihrer Existenz finden vermögen, dass sie also wohl oder übel auf die verfehmte und verbrannte marxistische geistige Schöpfung zurückgreifen müssen, um den Gedanken der Arbeiter-Selbsthilfe verteidigen zu können.

Die „Rundschau“ wird mit diesem auffallend radikalen Kampf die Liquidation der deutschen Konsumvereine nicht mehr aufhalten können. Ihr verzweifelter Widerstand ist kennzeichnend für den so oft gesagten und dennoch verschärften Klassenkampf im Dritten Reich. Die Genossenschaften müssen untergehen, wo die breiten Verbrauchermassen durch den Faschismus gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem wehrlos gemacht sind. Die endgültige Auflösung der Konsumgenossenschaften vollendet das Zerstörungswerk, die totale Vernichtung schafft den Kampfbock für das grosse Befreiungswerk des deutschen Volkes.

die ewige Schiesserei auf die Nerven geladene Kriegsgebiete sind bekanntlich ausserordentlich vogelarm. Die Störche sind also Urinstinkt gefolgt, dort zu bleiben, wo es ihnen besser ging. Ein alter Volksausdruck besagt: „Wehe dem Haus, wehe dem Land, das von seinen Störchen verlassen wird. Ihm droht grosses Unheil.“ Auf dem sogenannten „Weistümer der Ahnen“ abgelegt man im Dritten Reiche beinahe ebensoviel Gewicht wie auf die Urinstinkte.

Das Geständnis

Im Berliner Polizeibericht vom 12. Juli 1938 fand sich folgender Passus:

„Ein Bankangestellter beobachtete, wie in der Kanonenstrasse ein Mann aus einem parkenden Auto einen Mantel stahl. Er verfolgte den Täter und liess ihn in der Taubenstrasse durch einen Pollenbeamten festnehmen. Der Dieb, der 21jährige Jude Rudi Sommerfeld, legte schliesslich nach hartnäckigem Leugnen ein Geständnis ab.“

Wozu ein Geständnis? Hätte der Verhaftete den Mantel gestohlen, dann wäre er bei ihm gefunden worden. Sich selbst auf einer Berliner Strasse und vor den Augen des Verfolgers unauffällig zu entledigen, wäre ein Zauberkunststück gewesen. Ist der Mantel nicht gefunden worden, dann hat der Verhaftete ihn nicht gestohlen. Das Geständnis „nach hartnäckigem Leugnen“ ist entweder überflüssig oder falsch. Mit überflüssigen Geständnissen, die nur dazu bestimmt sind, einen klaren Tatbestand zu bekräftigen, macht man nicht soviel Aufhebens. Also war das Geständnis falsch, d. h. auf dem Wege der Folter erpresst. Der 21jährige Jude war erst ins Gefängnis, dann nach Dachau kommen und es ist durchaus möglich, dass der nicht begangene Diebstahl das Leben kostete. Aber — Pogrome gibt es nicht in Deutschland. Auch Morde gehen den Strassenweg.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gulden 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Finn. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lett. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 4.20 (42.—), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.25 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris. C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris. Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris. Warschau 194 700. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris. Schweiz Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.

Der Wortschatz

Erst war nur der Führer gross. Hoch über allen.
Dann wurden es Göring und Goebbels und Rust.
Dann fand an dem Wort jeder Schafskopf Gefallen,
und dann hatte keiner zum Grossein mehr Lust.

Erst waren nur Fahne und Vaterland heilig.
Dann hat man Horst Wessel zum Heiligen gemacht.
Dann wurde der Eintopf selbst heilig und freilich
ward damit das Belwort zur Strecke gebracht.

Erst galt nur die Rasse als ewig. Doch heute
auch „Schönheit der Arbeit“ und „Hering zum Schmaus“,
und schon wächst das ewige Ewig-Geläute
dem treuesten Plimpfen zum Halse heraus.

Und wenn nun ein Krieg kommt — wie soll er denn
heissen?

Gross, heilig und ewig — das alles ist alt.
Das Zeitungsvolk wird sich die Nägel zerbeißen.
Was übrig bleibt? Hunger und Angst und Gewalt.
Genau so wie damals. — Nur ehe es knallt. K.